

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im Voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung 65- und 72 Pf. Postzeitungsgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnposten 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“. Ferner: „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Bild in die Bucherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Reparationspolitik des Völkerversaums. „Kleine Anzeigen“ des „Vorwärts“ Wort 25 Dienstag (täglich zwei Seiten) (Worte), jedes weitere Wort 12 Dienstag. Stellengesuche des ersten Wort 15 Dienstag, jedes weitere Wort 10 Dienstag. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Dienstag. Familienanzeigen Seite 40 Dienstag. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Söbdenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Söbdenstr. 3, D. S. u. Disz.-Gef., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

50 Prozent Reparationsnachlaß? Gleichzeitige Einschränkung der Rüstungsetats. — Eine Anregung aus Frankreich

Paris, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Die zahlreichen Stimmen aus Amerika und England, die den einzig möglichen Weg zur Lösung der Weltwirtschaftskrise in einer Herabsetzung und Neuordnung der Kriegs- und Reparationsschulden sehen, sind nun um einen französischen Vorschlag bereichert worden, der von dem bekannten französischen Publizisten Graf d'Ormesson ausgeht und in der Zeitschrift „Europe Nouvelle“ veröffentlicht ist.

Der Vorschlag basiert darauf, daß

Deutschland für die beiden nächsten Jahre fünfzig Prozent seiner Young-Zahlungen erlassen

werden sollen. Deutschland, das inmitten schwerster Krisen energische Anstrengungen gemacht habe, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, würde so nach der Berechnung d'Ormessons alljährlich 840 Millionen Goldmark weniger zu zahlen haben. Es könnte diese Mittel zur Arbeitslosenunterstützung, zum Abbau der Steuern und zur Ankurbelung der Wirtschaft verwenden. Gleichzeitig würde durch den vorübergehenden Schuldennachlaß sein Kredit so gestärkt werden, daß es ihm leichter sein würde, langfristige Kredite im Ausland zu erhalten. Frankreich, das die Initiative zu dieser finanziellen Solidaritätsaktion ergreifen müsse, könne sich gleichzeitig

an die Vereinigten Staaten wenden,

um von diesen einen Nachlaß der internationalen Schuldenzahlungen um ebenfalls 50 Proz. für zwei Jahre zu erzielen. Würden die Vereinigten Staaten sich dazu bereit finden, dann

würde der Zahlungsausfall für Frankreich rund 160 Millionen betragen, während England und die übrigen Alliierten in keiner Weise betroffen würden.

Um den Vorschlag für die öffentliche Meinung in Frankreich und Amerika schmachtlos zu machen, fügt Graf d'Ormesson eine wichtige Ergänzung hinzu:

Deutschland und Frankreich müßten ein Abrüstungsabkommen miteinander abschließen

traft dessen sie ihre Budgetausgaben für Rüstungszwecke während der beiden Jahre des Zahlungsnachlasses um je ein Zwölftel verminderten. Für Deutschland würde diese Herabsetzung 48 Millionen Mark, für Frankreich rund 150 Millionen ausmachen. Frankreich würde auf diese Weise den Ausfall aus seinen Reparationsansprüchen wieder einsparen und hätte es nicht nötig, die Steuerlast zu erhöhen. Außerdem würde dieses Abrüstungsabkommen, zu dem auch die übrigen europäischen Nationen eingeladen werden könnten, der bevorstehenden Abrüstungskonferenz von vornherein ihren Erfolg sichern.

Graf d'Ormesson verspricht sich von der Annahme seines Vorschlages eine wesentliche Besserung nicht nur in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch eine allgemeine Entspannung in der internationalen Atmosphäre. Er betont im übrigen, daß sein Projekt nicht das Werk einer Improvisation sei, sondern daß er sich mit allerlei Persönlichkeiten aus allen Lagern und Parteien in Frankreich reichlich besprochen habe.

Lavals Zwittergestalt Sozialist, Kommunist und jetzt Mann der Rechten.

Paris, im Februar. (Eigenbericht.)

Pierre Laval, der vor dem Krieg zum antimilitaristischen Flügel der französischen sozialistischen Partei gehörte, während des Krieges mit der sogenannten „Opposition“ marschierte, die vom „Durchhalten“ nichts wissen wollte, später mit den Rostauern liebäugelte und anlässlich des Spaltungsprozesses von Tours, aus Sympathie für Marcel Cachin, die Sozialistische Partei verließ, später bei den Wahlen an der Spitze einer Liste des Linkskartells in der Pariser Umgebung stand, ist heute, 47jährig, französischer Ministerpräsident.

„Laval hat angesichts seiner 47 Jahre noch Zeit, sich völlig zu uns herüber zu entwickeln“, erklären die Wort- und Federführer der Rechten, die ihm noch nicht ganz trauen und ihn doch als neuen Mitstreiter beglückwünschen. „Er ist noch jung genug, um den Weg zu uns wieder zurückzufinden“, erwidern einflussreiche Leute der Linken, die ihn noch nicht verloren geben möchten und die aller Welt begreiflich zu machen versuchen, daß Laval das Ministerium, mit dem er sich der Kammer vorstellte, ja ursprünglich gar nicht zu bilden plante, sondern eine völlig andere, die radikale Partei mit einschließende Kombination im Kopf hatte. In Wirklichkeit dürfte es selbst den scharfsinnigsten Propheten schwerfallen, sich bei dem Versuch, die zukünftigen Wege des gegenwärtigen Ministerpräsidenten zu erkennen, auch nur einigermaßen sicher zu fühlen. Kein Charakter — doch Talent! Das war von jeher die treffende Kennzeichnung Lavals. Man darf hinzufügen: viel Talent, doch nichts gelernt. Ein Durchschnittsjurist, ein Advokat ohne größeres Format, ein gerissener Wahlstratege, ein guter Redner; aber ohne jene tiefere kulturelle Bildung, durch die sich im allgemeinen die führenden französischen Politiker auszeichnen.

Man hat Laval oft mit Briand verglichen und hat damit Briand unrecht getan, wenigstens von dessen Leistungen betroffen. Denn als Briand das Alter Lavals hatte, konnte er sich rühmen, auf verschiedenen gesetzgeberischen Gebieten schon erstklassige Arbeit geleistet zu haben, während man in den Annalen der Kammer, in die Laval im Frühling 1914 einzog, oder in den Annalen des Senats umsonst Beweise dafür suchen würde, daß er, ehe er Minister wurde, irgendwelche nützliche Arbeit vollbracht hat. Lavals „Fall“ gehört überhaupt zu den seltsamsten der modernen französischen Parlamentsgeschichte. Nicht im offenen Kampf, sondern im Halbdunkel der Couloir-Kombinationen ist Laval langsam von Stufe zu Stufe in die Höhe gestiegen. Nur weil er seine ehemalige Partei verlassen hat, ist er so rasch emporgetragen worden. Deshalb konnte der Sozialist Paul Faure gegenüber der Rechten während der Debatte über die Regierungserklärung in der Kammer feststellen, daß die Linke dem neuen Mann, den sich die Herren von rechts zum Führer erkoren haben, niemals denselben Respekt entgegenbringen werde, wie sie es tun würde, wenn die Reaktion den Mut aufbrächte, Männer ihrer Klasse, die wirkliche Heberzeugungen hätten, an die Spitze zu stellen. Insofern hat der „Fall Laval“ eine Bedeutung, die über den unmittelbaren Rahmen der jüngsten französischen Ministerkrisis hinausgeht: er zeigt, daß das rechtsstehende Bürgertum in Frankreich an Kämpfen immer ärmer wird und gezwungen ist, sich sozusagen mit dem „Abfall“ der Linken zu begnügen.

Praktisch hat Pierre Laval bisher noch nichts getan, was der Rechten erlaubte, von ihm ohne weiteres eine Bewirtlichung ihres Programms zu erwarten. Er hat die Sozialversicherungsgelehrte, als er Arbeitsminister war, in jähester Weise verteidigt und zur Durchführung gebracht, während sie von der gesamten Rechten leidenschaftlich bekämpft wurde; er hat von jeher als ein Anhänger der Außenpolitik Briands gegolten, die von der gesamten Rechten, wenn auch nicht im Parlament, so doch im Land als „Verrat“ hingestellt wird, er hat sich bei allen Gelegenheiten für die strengste Weltlichkeit des Staats und den Ausbau der weltlichen Schule ausgesprochen, die von der gesamten Rechten mit bitterem Haß beehrt werden. Trotzdem hat ihm die Rechte neuerdings geschlossen ihr Vertrauen gewährt, wie sie es vorher André Tardieu schenkte, obwohl auch dieser sich als Befürworter der Weltlichkeit und der Außenpolitik Briands präsentierte. Darüber ging die Presse der Rechten in ihren Siegeskommentaren über die große Mehrheit, die das Kabinett Laval gefunden hat, natürlich hinweg. Blätter der Linken zogen daraus jedoch den Schluß, daß numerisch zwar die alte Tardieu-Mehrheit wiederherge-

Neue ukrainische Anflagen. Denkschrift an den Völkerbundsrat.

Genf, 4. Februar.

Der Nationalrat der ukrainischen Kinderheit in Polen hat in der letzten Woche dem Völkerbunde eine neue umfangreiche Beschwerdeschrift eingereicht, in der 183 namentlich angeführte Fälle von

neuen Gewalttaten der polnischen Behörden

gegen wehrlose Ukrainer dargestellt werden. Bezeichnenderweise sind noch während der Verhandlungen in Genf und in der darauffolgenden Zeit neue „Strafexpeditionen“ durch polnische Ulanen und Genarmen durchgeführt worden. Entgegen den Versprechungen des polnischen Justizministers ist die Lage der 200 jugendlichen Gefangenen im Festungsgelände von Luch in keiner Weise gebessert worden. Die Gefangenen, die sämtlich im jugendlichen Alter von 16 bis 24 Jahren stehen, werden dort seit über zehn Wochen festgehalten, ohne mit ihren Rechtsvertretern die Vertretung ausnehmen zu dürfen. Man hat die Gefangenen durch die furchtbarsten Foltern zu „Geständnissen“ zwingen wollen. Während man die männlichen Gefangenen durch

gewalttames Eingehen von Wasser und Petroleum und durch

peinigte, wurden die weiblichen Inhaftierten fast durchweg vergewaltigt, wobei bezeichnenderweise die die Untersuchung führenden Polizeikommissare sich besonders hervortaten. Die 35jährige Maria Katholina wurde dreimal vergewaltigt und ausgepeitscht, woraufhin sie sich die Pulsadern aufschnitt. Die 18jährige Olga Stifia wurde zweimal vergewaltigt. Als sie einen Selbstmordversuch beging, sperrte man sie in die Gummizelle. Verschiedene Gefangene sind durch die furchtbaren Mißhandlungen wahnsinnig geworden. Ihre Rechtsanwälte, denen man noch wie vor den Zutritt verweigert, wurden mit Verhaftung bedroht. Angesichts dieser brutalen Methoden der polnischen Behörden, die alle Bestimmungen des Völkerbundes zum Schutze der Kinderheiten boykottieren, hat der ukrainische Nationalrat nachmals dringend um

sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission

des Völkerbundes gebeten. Gleichzeitig hat der ukrainische Nationalrat das rote Kreuz um Einleitung einer internationalen Hilfsaktion ersucht.

Bei aller Vorsicht, die man grundsätzlich allen Greuelberichten gegenüber üben muß, vermag man diese neue Anflage nicht mit einer Handbewegung abzutun, denn, was neutrale Berichtserstatter bereits im November über die Strafexpedition in der Ukraine festgestellt haben, läßt das schlimmste befürchten.

Daß das Völkerbundssekretariat von sich aus dem Antrag auf sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission Folge geben könnte, erscheint uns allerdings leider zweifelhaft. Das deutsche

Auswärtige Amt wird indessen gut tun, möglichst im Einvernehmen mit London und Paris zu prüfen, was sich eventuell schon jetzt unternehmen läßt, um diese Fortsetzung der Bilsudski-Schandiaten gegen die ukrainische Kinderheit zu verhindern.

Jaleski vor dem Seim-Ausschuß.

Am auswärtigen Ausschuss des Bilsudski-Seims hat der polnische Außenminister Jaleski Bericht über die Genfer Tagung erstattet. Er war gewiss um diese Aufgabe ebensowenig zu beneiden wie vor zwei Wochen in Genf, als er vor dem Völkerbundrat Rede und Antwort stehen mußte. Denn in den Augen der ganzen unparteiischen Welt hat Polen in Genf eine schwere moralische Niederlage erlitten, während Jaleski nun versuchen mußte, das Genfer Ergebnis vor seinem eigenen Parlament in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Infolgedessen war sein historisches Exposé im höchsten Grade tendenziös, sowohl bezüglich der Vorgänge in Oberschlesien selbst, wie auch bezüglich der Entscheidung des Rates. Fast könnte man meinen, daß Polen einen Erfolg erzielt habe, weil der Ratsbeschluss weder eine internationale Untersuchungskommission, noch Personalveränderungen, noch Sondergarantien für die Zukunft vorschreibt. Die wirkliche Bedeutung dieses Beschlusses, der eine unmißverständliche Beurteilung des Wahlerrors und der polnischen Behörden, insbesondere des Wojwoden, enthält und der Polen zwingt, bis zum Rat Rechenschaft abzulegen, verschmieg Jaleski seinen Hörern.

Wenn sich die Seimabgeordneten mit dieser Besart Jaleskis begnügen, dann kann man sie um ihre Bescheidenheit nur beneiden. An dem Urteil der übrigen Welt wird diese Geschichtsklitterung für den innenpolitischen Gebrauch nichts ändern. Vor allem aber wird daran nichts geändert, daß Polen im Rat über die getroffenen Maßnahmen wird berichten müssen. Die jetzige Rede Jaleskis wird für den Völkerbundrat nur ein Grund mehr sein, diesen Rechenschaftsbericht um so kritischer zu prüfen.

Sakentkreuzmörder verhaftet.

Einer der Täter aus der Huselandstraße bei München festgenommen.

In der Nähe von München wurde gestern auf Grund der groß angelegten Fahndungsmaßnahmen ein Mann verhaftet, der im Verdacht steht, der wegen des Mordes an den beiden Parteigenossen in der Huselandstraße gesuchte Hans Kollacz zu sein.

Ein Beamter der Berliner Polizei ist nach München gefahren, um die Identität festzustellen und das Nähere zu herausfinden.

Stahlhelmaktion steigt.

Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags beantragt.

Der Stahlhelm hat in einem Schreiben vom 1. Februar an den preussischen Minister des Innern Severing beantragt, gemäß Artikel 6, Abs. 1, Ziffer 3 der Verfassung des Freistaates Preußen und gemäß § 2 des Gesetzes über das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. Januar 1926 die Offenlegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen: „Der am 20. Mai 1928 gewählte Landtag ist aufzulösen.“

In dem Schreiben heißt es: „Der Vorstand des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten e. V., hat am 4. Oktober 1930 beschlossen, ein Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages einzubringen, um auf diesem Wege in Preußen eine Regierung zu ermöglichen, die dem in der Wahl vom 14. September 1930 einwandfrei festgestellten Volkswillen entspricht. Am 5. Oktober 1930, dem Reichsfrontsoldatentag in Koblenz, haben die über 140 000 freiwillig und auf eigene Kosten dort erschienenen Mitglieder des Stahlhelms diesem Beschlusse einstimmig beigestimmt. Nachdem nunmehr die erforderlichen Vorbereitungen zum Volksbegehren in Preußen beendet sind, beantragen wir (folgt der gemeldete Antrag). Da sich aus den vorgenannten Tatsachen und der allgemein bekannt gewordenen Betätigung des Stahlhelms, die nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Januar 1926 in Verbindung mit § 4 Abs. 4 der Landesabstimmungsordnungen vom 28. Januar 1926 erforderliche Glaubhaftmachung der Unterstützung durch 100 000 Stimmberechtigte einwandfrei ergibt, bedarf es der Beibringung weiterer Unterschriften nicht. Ein Auszug aus dem Vereinsregister, durch den die Eigenschaft der Unter-

zeichneten als vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder sich ergibt, ist beigelegt. — Das Schreiben ist gezeichnet von den beiden Bundesführern Seidte und Duesterberg.

Was der Stahlhelm will, ist klar: einen völlig arbeitsunfähigen Landtag nach dem Muster des Reichstags und eine Rechtsregierung in Preußen. Was er erreichen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Damit das Auflösungsgezet zum Volksentscheid kommt, muß sich beim Volksbegehren nach der preussischen Verfassung ein Fünftel der Stimmberechtigten einzeichnen. Damit das Gezet im Volksentscheid beschloffen wird, muß die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmen. An diese Eventualität glauben die Seidte und Duesterberg selber nicht.

Was wird also herauskommen? Ein Propagandafeldzug, mit dessen Hilfe der Stahlhelm den Nationalsozialisten Konkurrenz machen will. Die Pläne, den jamosen Reichsaussschuß Hugenberg-Seidte-Hitler neu zu beleben, sind gescheitert, der Stahlhelm will nun vor den Nationalsozialisten in Führung gehen.

Eins aber ist sicher: die Geschichte kostet Geld, das der Stahlhelm nicht hat, wohl aber das Unternehmertum. Für Stahlhelmpropaganda hat das Unternehmertum Geld — wenn es aber anständige Löhne zahlen soll, hat es keine!

Recht sei, sie aber nicht den Sinn habe, den die liberale Reaktion ihr zu geben versuche und deshalb nach wie vor die Auflösung der Kammer notwendig erscheine! Angesichts der politischen Verhältnisse ist aber einstweilen für die Auflösung der Kammer nicht die geringste Aussicht vorhanden, es sei denn, daß das Kabinett Laval sehr rasch gestürzt und die Neubildung einer Regierung auf dieselben Schwierigkeiten stoßen würde, wie bei der letzten Krise. Aber das ist nicht wahrscheinlich. Schon beginnt in der radikalen Presse ein Feldzug zugunsten einer abwartenden Haltung gegenüber dem Kabinett Laval. Ebenso haben die Sozialisten kein großes Interesse an einer neuen Krise, nachdem sich zum dritten Male seit einem Jahr gezeigt hat, daß in der gegenwärtigen Kammer keine stabile Linksmehrheit vorhanden ist.

Auch die ungefähre in drei Monaten vorzunehmende Neuwahl des Präsidenten der Republik bildet ein Hindernis für die baldige Auflösung der Kammer. Elf Monate nach der Wahl des Präsidenten aber läuft die Legislaturperiode der Kammer von 1928 ab. Man nimmt deshalb an, daß die gegenwärtige Kammer eines natürlichen Todes sterben wird. Sie wurde als „Wittergestalt“ als Führer erkoren. Und das ist Pierre Laval!

Die erste Schlappe.

Paris, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Laval hat am Mittwoch während der Budgetdiskussion die erste Niederlage erlitten, die jedoch, da es der Budgetminister Pleki vorsichtigerweise unterlassen hatte, die Vertrauensfrage zu stellen, ohne Konsequenzen geblieben ist. Bei der Beratung der Ausgaben für die öffentliche Gesundheit stellte der Abgeordnete Masson den Antrag auf Erhöhung der Beihilfen für Alters- und Invalidenrenten, die Pleki mit der Begründung ablehnte, daß diese Erhöhung den Budgetüberschuß von ungefähr 40 Millionen aufzehren würde. Trotzdem wurde der Antrag mit 470 gegen 27 Stimmen der Kammer überwiesen.

Oppositioneller Budgetberichtersteller gewählt.

Paris, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Das französische Parlament wählte am Mittwoch den sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour für das laufende Jahr wiederum zum Präsidenten der auswärtigen Kommission.

Als Generalberichtersteller für das Budget wurde im zweiten Wahlgang der radikale Abgeordnete Lamoureux mit 22 gegen 21 Stimmen der Regierungspartei gewählt.

Spiel mit dem Feuer.

Drohreden und Staatsstreichpläne / Mahraun und Dingeldey

Herr Mahraun, der Wiederjunge Deutsche, hat am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung in Berlin einen neuen Laden mit der Firma „Landnehmerbewegung“ eröffnet. Der Sinn ist: Deutschland muß aus einem Industrienolk wieder ein Bauernolk werden; denn nur die Bauernolk sind gesund. Es ist echte politische Romantik, richtiges und falsches Lunterbunt durcheinander. Die Eröffnungsreden für die neue Firma setzen sich mit souveräner Berachtung über alle tatsächlichen Verhältnisse hinweg.

Herr Mahraun hat in seiner Eröffnungsrede mit der neuen Revolution gespielt:

„Mit revolutionärer Gewalt werden wir dafür sorgen, daß dieser Staat sich etwas anders zu unserem Willen verhält als bisher.“

Republik, hüte dich, hüte dich, Staat von heute, daß nicht bereit gegen dich das Heer derer aufsteht, die du entrecht hast, deren Arbeitswille du geknechtet hast, denen du Boden und Heimat verweigertest, weil unter deiner Herrschaft an jeder Ecke einer steht, der aufpößt, daß nicht gearbeitet und nicht gesiedelt wird.“

Es ist bodenlos demagogisch verlogen, was Herr Mahraun da zusammengeschwätzt hat, und bodenlos leichtfertig dazu. Weil das Geschrei nach der Diktatur und das Spiel mit dem Staatsstreich bei jenen Kreisen des Bürgertums Mode ist, deren politische Kraft und Einsicht völlig erloschen ist, macht Herr Mahraun das Modeschrei mit.

Herr Mahraun ist ein nicht ernst zu nehmender Romantiker, der sich lächerlich macht, so gut er kann. Was aber bei Herrn Mahraun nur Lusterschütterung ist, muß etwas ernstlicher genommen werden, wenn es aus dem Lager der Volkspartei kommt.

Auch dort spielt man mit dem Feuer. Der unter dem Einfluß rheinisch-westfälischer Scharmacher stehende rechte Flügel der Volkspartei hat einen Staatsstreichplan ausgeheckt: Reichstagsauflösung, Außerkräftsetzung der Verfassung, Neuwahl einer neuen verfassunggebenden Nationalversammlung auf Grund eines oktroyierten verfassungsmäßigsten Wahlrechts. Dieser wunderbare Plan soll von Herrn Dingeldey sogar an die Reichsregierung herangetragen worden sein!

Man kann Herrn Dingeldey nicht hindern, wenn er wirklich an politischer Ernsthaftigkeit mit Herrn Mahraun wetteifern will — er muß sich jedoch darüber klar sein, was das Betreiben derartiger Katastrophenspläne für ihn wie für seine Partei bedeutet! Wir haben die rheinisch-westfälischen Scharmacher immer für katastrophale politische Ignoranten gehalten. Wenn die Volkspartei ihnen besinnungslos folgen will, so mag sie eines bedenken: wer mit dem Feuer spielt, kann sich leicht die Finger daran verbrennen!

Ein Heßblatt verboten.

Der Polizeipräsident geht gegen den „Angriff“ vor.

Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist durch den Berliner Polizeipräsidenten bis einschließlich 16. Februar auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten worden, weil das Blatt in seiner Nummer 28 vom Dienstag, dem 3. Februar 1931, eine politische Gewalttat in dem Artikel unter der Überschrift „Volksgorn über den Roten“ ausdrücklich billigte.

„Hamburger Volkszeitung“ vier Wochen verboten.

Nach Mitteilung der Polizeibehörde sind die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ und die „Norddeutsche Zeitung“ wegen ihrer Darstellung der Zusammenstöße in Goeßthacht für die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Des Reiches Dank an Ebert.

Reichsinnenminister Wirth zum 60. Geburtstag des Toten.

Im Berliner Rundfunk sprach gestern am Anlaß des 60. Geburtstages des verstorbenen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert der Reichsinnenminister Dr. Josef Wirth bewegte, tiefempfundene Worte der Würdigung und des dankbaren Gedenkens.

Dr. Wirth führte aus: „Heute gedenken die Ueberlebenden des Mannes, der an diesem Tage seinen 60. Geburtstag gefeiert hätte, des ersten Präsidenten der Deutschen Republik Friedrich Ebert. Wir haben die Pflicht, uns vor Augen zu führen, was wir und der deutsche Staat diesem Toten verdanken. Nach wollen Anklagen gegen den vorbildlichen Führer des deutschen Volkes nicht schweigen. Fanatismus und Leidenschaft und innerliche Zerlegung stehen selbst vor dem Toten nicht still.“

wiemohl wenige deutsche Männer durch politischen Charakter und persönlichen Aufstieg so Führer des Staates und Freund des Volkes waren wie Friedrich Ebert.

Ich will sein Lebensbild des Toten geben, sondern an persönliche Erinnerungen anknüpfen. Sein Leben war ein hohes Lied der Arbeit. Ihn zeichnete diplomatischer Takt, staatsmännische Besonnenheit und politische Geduld, ich wiederhole das letzte, nur allem politische Geduld. Im Dienste seiner Partei erwachsen, in parlamentarischen Aufgaben geschult, zeigte er als Staatsleiter einen überlegenen staatsmännischen Blick, der auch in den widernützlichsten Umständen unbeirrt blieb und Realitäten mit klarem Urteil gegenüberstand. Illusionen und parteipolitische Fanatismus waren ihm fremd. Inmer hatte er die innere Bereitschaft zu lernen, und er war ein Fanatiker der Arbeit. Persönlich las er alle Telegramme, alle Berichte der Botschafter und Gesandten auf das Genaueste.

Mit starkem Zielbewußtsein erstrebte er die Wiederbefreiung des deutschen Volkes, und bei seinem Tode sagten die Besten unter seinen politischen Gegnern, daß dieser einfache Mann aus dem Volke zum mindesten die gleiche staatsmännische Fähigkeit bewiesen hätte wie die bis dahin privilegierten, und sie rühmten sein starkes Verantwortungsbewußtsein.

Schmerzlich trug er den Vertrag von Versailles, und das traurige Schicksal Deutschlands seit 1914 war ihm persönliche Qual, die tiefste Spuren hinterließ. Als am 9. November 1918 Ebert aus dem Reichstag zum Prinzen Max von Baden fuhr, um den Posten des Reichspräsidenten zu übernehmen, sagte ich, der ich zuschautte, zu einem Freunde: Er wird ja forttransportiert, als wenn er seinen letzten Gang antreite! Friedrich Ebert wußte, daß er uns nicht herrlichen Zeiten entgegenführen konnte. Aber sein erster Appell vom 9. November an alle Behörden und Beamte zeigt sein ganzes Verantwortungsbewußtsein. Er sagte: Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternehmen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke.

Eberts Sterben war der Schuß Deutschlands vor Anarchie und schrecklichsten Elend durch furchtlose und unvedroffene Weiterarbeit.

Später, 1919, lag die Verantwortung im wesentlichen auf Sozialdemokratie und Zentrum, die man unsinnigerweise Feinde des Reiches nannte. Hierzu führte nicht verschiedenartige Beurteilung der Tatsachen, sondern eine gefühllos verschiedene moralische Bewertung des vaterländischen Bestimmungsgrades. Das hat die

Autorität der politischen Führung damals schwer belastet. Und hinzu kam, daß mit Versailles auch die Gläubigerstaaten den Krieg nicht als beendet ansehen zu wollen schienen. Damals zeigte Ebert Geduld, Pflichtgefühl und staatsmännischen Weltbild. Da war ich 1921 Zeuge von Unterredungen zwischen Ebert und Stinnes, Zeuge von unerhörten Zwiesprächen, da Stinnes von beispiellosster Offenheit war.

Aber immer war Ebert dann am aktiosten, wenn er Torheiten sah und sein Ringen um Befreiung in Gefahr glaubte.

Es zeigte sich eine ungeheure politische Vitalität, eine wie Stahl gespannte Kraft, und seine Rede war wie das Niederfallen von Hammerschlägen. Wenn Stinnes bereit gewesen wäre, die politische Verantwortung zu übernehmen, dann hätte ihm Ebert kaum die Tür gewesen. Aber Ebert litt darunter schwer, daß prominente Wirtschaftsführer sich immer scheuten, durch Übernahme der Verantwortung die deutsche Politik diskontinuität zu machen. Der Weg von London 1921 über die Ruhr bis zum Dawes-Plan war eine furchtbare Leidenszeit auch für Ebert, und ich sah ihn manche Stunde in dieser Niedrigstlage.

Als der Spruch des Völkerbundes über Oberösterreich kam, und ich als Reichstangler die Demission des Kabinetts überreichte, sagte Ebert mir, daß er am Ende seiner Kräfte und seelischen Kräfte, am Tage darauf seine Abdankung als Reichspräsident aussprechen würde. Er fand sich bereit, zu bleiben. Aber demüthig sah man, daß er sich opferte.

Das Opfer war nicht umsonst gebracht! Wenn Deutschlands Ehre gewahrt ist, wenn die äußere Freiheit im gewissen Maße wiedererzungen ist, dann ist es nicht schwer, zu erkennen, daß dies nicht erungen wäre, wenn Deutschland gänzlich führerlos gewesen wäre!

Es ist betrübend, daß gewisse politische Kreise es fertig bringen, heute noch alles, was Ebert durchkämpfte und durchlitt, zu leugnen und ihn, wie es leider im Bilde leichtlich geschah, ihn einen Zerstörer des Reiches zu nennen, ihn, der in Selbstaufopferung alles gab. Er war ein Mann der entschlossenen Tat und des freien politischen Blickes. Wenn in Zeiten des Komplexes Ebert einen Kabinettsrat leitete, dann hatte sein Wort besondere Bedeutung, nicht nur, weil er Reichspräsident war, sondern ein Mann, dessen politische Einsicht jeder schätzte. Sein Verdienst ist auch die staatsrechtliche Festlegung des Verhältnisses zwischen Reichspräsident, Reichskabinett und Reichstag, das unangestastet bis heute ein Werk seiner klugen Jurisprudenz und seiner weisen Festigkeit war.

Wenn ich heute seiner gedenke, dann geschieht es zu nicht geringem Teil aus dem Gefühl persönlichen Dankes, aber ich weiß, welche außerordentliche opfervolle Arbeit er für Staat und Volk geleistet hat. Er hat dem großen deutschen Volke neue Ehre gegeben, er war großer Führer des Volkes und ein bedeutender Staatsmann. Achtung und Dank soll ihm gezollt werden!

Heidelberg, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Das Grab Friedrich Eberts prangte anläßlich seines 60. Geburtstages im Schmutz gelber und roter Tulpan. Außer der Reichsregierung ließen das badische Staatsministerium, die Stadt Heidelberg, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und zahlreiche andere Organisationen Kränze an dem Grab des ersten Reichspräsidenten niederlegen. Auch zahlreiche Privatpersonen weiften an dem Grab und legten Blumen nieder.

Ein Reiniger als Erpreffer.

Ein Beitrag zur Moral der Privatwirtschaft.

Im Houshaltsausschuß des Reichstags beantragten die Nationalsozialisten unter heftigsten sachlichen und persönlichen Angriffen, daß das Reich seine Beteiligung an der Landkultur L. G. in Berlin aufhebe. Sie besorgten tapfer die Geschäfte der Privatwirtschaft.

Genosse Schmidt-Köpnick wies im Zusammenhang damit auf folgende Tatsache hin:

„Ein Dr. Kann, früher Leiter der Automobilfabrik, habe auch die Landkultur deshalb bekämpft, weil sie vom Reiche subventioniert wird. Dieser Mann habe folgendes Druckmittel angewandt: er besaß oder besaß nach ein Aktienpaket von 60 000 Mark, das von der Landkultur, besser gesagt dem Reiche, zurückgezahlt werden soll. Es stehe fest, daß dieser Dr. Kann bei Besprechungen im Reichsernährungsministerium ein Aufgeiß von 100 000 Mark verlangt habe. Wenn

ihm für seine 60 000 Mark nicht 160 000 Mark vom Reich zurückgezahlt würden, werde er die Landkultur bzw. das Reichsernährungsministerium mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, bekämpfen.“

Dieser Mann ist auch ein „Reiniger des öffentlichen Lebens“, der jede Verwendung von öffentlichen Mitteln zugunsten der Gesamtwirtschaft bekämpft — aber nur so lange, bis er ein Geschenk für sich privat erhält! Arm in Arm mit solchen Vertretern der Privatwirtschaft operieren die Nationalsozialisten!

Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats trat gestern zusammen, um den Bericht des Reichsanklagenministers Dr. Curtius über die Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen. Nach den sehr eingehenden Darlegungen des Außenministers sprach der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Dr. Robis, in warmen Worten den Dank und die Anerkennung des Ausschusses für die Tätigkeit der deutschen Delegation und die erzielten Ergebnisse aus.

Lohnabbau und Schlichtung.

Reichstagsberatung mit Begleitmusik.

Der Reichstag beriet am gestrigen Mittwochnachmittag über Lohnabbau und Schlichtungswesen. Einen Antrag zur Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über Schlichtungsfähigkeiten öffentlichen Interesses begründete

Abg. Schröder-Merzbach (Komm.) nicht ohne Polemik gegen die Sozialdemokraten, die zwar den Lohraub verurteilen, aber die Regierung Brüning-Stegerwald stützen. Auch das Eingreifen der Polizei in den kommunistischen Ruhrstreik macht der Redner der Sozialdemokratie zum Vorwurf.

Abg. Limberg (Soz.)

knüpft an die Interpellation seiner Partei über den Lohnabbau an, dem ein gleichzeitiger Preisabbau nicht gegenüberstehe. (Andauernde lärmende Zurufe der Kommunisten, die den Redner als Streikbrecherführer usw. bezeichnen.) Wenn die Kommunisten uns vorwerfen, daß wir die Regierung Brüning stützen, so sage ich: Hätte das Kriegsende und die Staatsumwälzung die deutsche Arbeiterklasse einig gefunden, dann hätte schon die Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit gehabt, und wenn während der 12 Jahre seither nicht die Organisation der Arbeiterschaft systematisch zerrüttet worden wäre, dann stände Deutschland heute anders da, und wir brauchen eine solche Regierung nicht zu stützen. Aber

Die Aktivistik unserer Partei seit der Reichstagswahl zeigt, daß die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter für unsere Politik volles Verständnis haben.

(Gegen die andauernden störenden Zwischenrufe der Kommunisten geht der Präsident zunächst mit einem Ordnungsruf vor.) Die breiten Massen der Arbeiter ziehen unsere verantwortungsbewußte Politik dem Chaos vor, das die Kommunisten und die Nationalsozialisten heraufzubeschwören suchen. Die letzten Stellen der Reparationsleistungen als Hauptursache der deutschen Krise dar. Hätten wir die Reparationslast nicht, so könnten wir die Steuern allerdings um 10 bis 12 Proz. ermäßigen und aus diesem Geld Anlagen errichten, die vielleicht 150.000 Arbeiter beschäftigen würden. Aber um zum Ende der Reparation zu kommen, ist die Politik notwendig, die die Sozialdemokratie seit Kriegsende getrieben und die bereits eine so starke Herabsetzung der Reparationssumme von den 132 Milliarden des Londoner Ultimatus auf den Young-Plan gebracht hat. Anstand hat eine innere und äußere Staatsverschuldung von 153 Goldmilliarden, Frankreich von 175 Goldmilliarden, und wir hätten nicht weniger, wenn wir die Politik trieben, die die äußerste Rechte und Linke empfehlen.

Man darf an den tieferen Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht vorbeigehen. Dazu gehören die Strukturänderungen der Wirtschaft, die schon vor dem Kriege begonnen haben. Durch die Schaffung von 11.000 Kilometer neuer Grenzen in Europa sind neue Industrien in anderen Ländern emporgekommen. Auch die Entwicklung der amerikanischen Produktion und die übertriebene Nationalisierung haben zu unserem heutigen Zustand beigetragen. Der Kampf um die Rohstoffgebiete und Erdöl, Gummi, Baumwolle usw. ist heute nicht geringer als vor dem Kriege, bedeutet eine nicht kleinere Kriegsgefahr.

Die Nationalsozialisten wollen die deutsche Industrie wieder zur Kriegsindustrie machen.

Sie begegnen sich darin mit den Plänen der französischen Schwerindustrie. Es ist bezeichnend, daß die „Deutsche Berowerkszeitung“ kommentarlos einen Artikel des Organs der französischen Schwerindustrie abgedruckt hat, wonach der Ausbau der französischen Eisenfestungen, sowie die Vervollständigung der Rüstungen in der Tschechoslowakei in Polen usw. die französische Schwerindustrie nötige, neue Absatzgebiete zu suchen, und daher solle man Deutschland erlauben, neu auszurüsten unter der Bedingung, daß dies mit französischen Kreuzern geschehe. (Andauernder Lärm äußerst links und rechts.) Daß Sie verstehen, daß und wieviel in die Waffen zu tragen, befreite ich nicht. Ich bedaure nur, daß durch Ihre Schuld die Arbeiterschaft geschwächt wird.

Der Redner zitiert namhafte Sachverständige zum Beweis für die

ungeheure Teufelstellung des deutschen Volkes von jährlich 750 Millionen an die Kartelle.

für die Preistreibelei der Privatmonopole, die dadurch gesteigerten Lebenshaltungskosten, was wieder dazu führt, daß der freie Produzent zwischen sinkendem Erlös und steigenden Kosten zerrieben, das Steigen der Kaufkraft des Geldes verhindert und die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands vereitelt wird.

Der Kapitalmanuel hat nicht vom geringsten seine Ursache in dem übertriebenen Ausbau der Industrie.

J. B. im Bergbau, wo von 200 neuen Schächten 105 wieder stillgelegt wurden; die Betriebe verfallen, aber das Anlagekapital muß weiter verzinnt und getilgt werden. Diese Belastung kann die Wirtschaft nicht dauernd ertragen. Professor Bonn sagt in seinem Buch über den Neuen Plan, daß

die kapitalistische Produktion ein Stück unproduktiver Erwerbslosenfürsorge für den Unternehmer

ist, und er fordert Preisentfaltungen, die nicht ohne weiteres durch Lohnsenkungen weitgemacht werden können, weil in gewissen Industrien der Lohn nur die Hälfte, im Handwerk sogar nur 10 Proz. der Selbstkosten ausmacht. Will man da die Preise auf Kosten der Löhne senken, so bleibt von den Löhnen schließlich gar nichts mehr übrig.

Der Reallohn ist in den letzten Jahren durch Fehlersichten und Kurzarbeit mehr reduziert worden, als allgemein bekannt ist.

Der 20prozentige Lohnabbau der Stahlwerke Weidach wird selbstverständlich von den Gewerkschaften aller Richtungen abgelehnt. (Obernazi Goebbels wird wegen andauernder Zwischenrufe vom Präsidenten ermahnt.) Die äußerste Rechte beschwört mit ihrem vorpiegelten Antikapitalismus die Leute im Lande draußen. (Goebbels will dem Präsidenten befehlen, den Redner zur Ordnung zu rufen, was ihm darauf selbst geschieht.) Das Schlichtungswesen soll in wirtschaftlich normaler Zeit die Wirtschaft vor schweren Erschütterungen bewahren und auch in Krisenzeiten unnötige Beanspruchung vermeiden. Selbstverständlich kann der durch die Rotverordnungen vom 9. v. M. geschaffene Zustand nicht dauernd sein. Wir beantragen Ueberweisung des Aufhebungsantrages zu gründlicher Ausschussberatung.

Der kommunistische Ruhrstreik ist ständig vorbeigelungen. Nicht den Arbeitern zu helfen war sein Zweck, sondern kommunistische Parteipolitik zu fördern.

Ganz offen haben das Ihre Zeitungen, Druckschriften und Kongresse ausgesprochen, ein politischer Massenstreik sollte es sein. (Lebhafte Zustimmung der Komm.) Es sollte ein Streik sein gegen das Kabinett Brüning, gegen die Sozialdemokratische Partei, gegen die christlichen und gegen alle Gewerkschaften, und vor allem sollte er endlich Ihnen zu einer kommunistischen Gewerkschaft verhelfen. Mit einer solchen Gründung sind Sie vor Jahren schon eifrig geschäftet. (Wegen andauernder Störung wird der Kommunist Madalea zur Ordnung gerufen.) Eiferbeispiel der Führer Ipaltée de „Union“, deren Reiz 1925 zum Bergarbeiterverband übertritten mochte. Von 3500 Angemeldeten kamen nur einige hundert. Früher haben Sie die Vereinigung aller Bergarbeiter in einem Verband

empfohlen, jetzt wollen Sie den „Rollen Bergarbeiterverband“. Er wird aber nicht leben und nicht sterben können.

Von den 300.000 Ruhrbergleuten haben Sie höchstens 35.000 mit roher Gewalt 1-3 Tage an der Arbeit verhindern können.

Wir haben unsere Kameraden aufgefordert, gegen diesen Terror gruppenweise anzutreten, den Knüttel in die Hand zu nehmen und das Gefindel zum Teufel zu jagen. (Andauerndes Geschrei der Kommunisten, von denen einer den zweiten Ordnungsruf erhält.) In den Kolonien werden die Wohnungen unserer Kameraden mit Kreide bezichnet, Erwerbslose markieren davor, um den Arbeiter, wenn er herauskommt, zu verprügeln. Zwei unserer Leute sind einfach aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden. Das werden sich die Gewerkschaften nicht gefallen lassen; sie sind nicht ein Apparat der „Gewerkschaftsbürokratie“, sondern was im Ruhrkampf geschah, ist bestimmt worden durch die in Arbeit stehenden Funktionäre, nicht durch die Angestellten. Wir haben den Lohnabbau nicht gutgeheißen, aber die Gewerkschaften können nicht all das fordern, was sie wünschen, sie müssen die Wirtschaftslage in Betracht ziehen und genau prüfen, was zum Nutzen der Arbeiter ausschlägt. (Zurufe der Reiz.) Ihnen stehen solche Zwischenrufe besonders gut an, deren finanzielle Unterstützung durch die Unternehmer allbekannt ist.

Die Hitler, Feid und Jung haben die Schwerindustriellen mit ihrem nationalsozialistischen Programm begeistert.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber sind sich ihrer ersten Verantwortung bewußt. Nur durch geschlossene und starke Organisation können die Arbeiter ihre Interessen vertreten. Dafür kämpfen wir, und dieser Kampf wird alle Bestrebungen der Kommunisten und der Nazis zunichte machen. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald

kündigt an, daß er im Ausschuss eingehend über Lohnabbau, Schlichtung usw. sprechen werde. Da die Erleichterung für die Wirtschaft nicht bei den Frachten und Steuern erfolgen kann, mußte man an die Löhne greifen. Aber alle Erleichterungen können nicht von daher kommen, und es können auch nicht an den sozialen Lasten nach Milliarden gespart werden. (Zurufe rechts: Young-Plan!) Die Debatte über den Young-Plan ist so abgedroschen, daß man nicht immer wieder darauf kommen sollte. (Lärm rechts.) Der Krieg hat in unserer Wirtschaft derartige Werte vernichtet, daß sie auch ohne den Young-Plan eine schwere Krise durchmachen müßte. (Goebbels wird wegen dauernder Zwischenrufe zur Ordnung verwiesen.) Es ist unmöglich, die Löhne durch die Staatsmacht auf der bisherigen Höhe zu stabilisieren. In einer Zeit der großen Arbeitslosigkeit würde man damit politisch und sozial mehr zerschlagen, als man wirtschaftlich aufbauen kann.

Die Staatsmacht kann nur mäßigend und ausgleichend in den sozialen Kämpfen wirken.

Die Schwerindustrie leidet darunter, daß jenseits der Grenze des Soargebietes und Oberschlesiens die Löhne erheblich niedriger sind. Da kann die Staatsmacht auch den deutschen Lohn nicht stabilisieren.

Abg. Dr. Agena (Dnat.) schließt sich dem kommunistischen Antrag an.

Abg. Stück (Reiz.) sieht die Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau im — Kampf gegen die Reparation, und schließt unter dem Jubel seiner Leute mit den Worten: Wollte ich nicht halb eine andere Regierung die Rotverordnung, die diesem Herrschaffen (gemeint ist die Linke) verbietet, durch ihre Anwesenheit hier das deutsche Volk zu provozieren.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) Bergarbeiter von Beruf hält dem Vorredner seine Unzufriedenheit vor und wird dafür von den Nazis ausgeschalt, angepöbelt und niedergeböhlt, bis Präsidenten Lärm mit den schärfsten Maßnahmen droht. Winnefeld spricht aber nicht weiter.

Abg. Stück (Reiz.) erwidert, er sei durch die Ruhrbesetzung Hitlerianer geworden, und er habe in die „Rote Fahne“ das Hakenkreuz hineingebracht. (Begeisterter Jubel bei den Nazis.)

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Opposition dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt ein Antrag des Haushaltsausschusses, wonach die Reichsregierung erlucht werden soll, allen Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern und Fürsorgeberechtigten Frischfleisch zu einem Preis zu liefern, der nicht höher ist, als der Preis des kollfreien Gierfleisches war.

Hierzu wird aus dem Hause beantragt, die Beratung auszufragen, bis der Handelspolitische Ausschuss über den sozialdemokratischen Antrag berichtet hat, das politische Sekretariatkontinuum wieder zuzulassen.

Kommunisten und Nationalsozialisten sprechen gegen den Auslegungsantrag, der jedoch angenommen wird. Auch die Sozialdemokraten stimmen dafür, und zwar aus dem Grunde, daß die Kosten, die die Ausführung der Entschlebung des Haushaltsaus-

schusses verursachen würde, nicht zu übersehen sind, und daß bei ihrer Annahme der Handelspolitische Ausschuss den erwähnten sozialdemokratischen Antrag als erledigt erklären könnte.

Um 17^{1/2} Uhr vertagt sich das Haus auf heute, Donnerstag, 15 Uhr: Etat des Reichspräsidenten und des Reichstanzlers.

Der Kampf gegen die Krise.

Ausprache im Landtag.

Der Preussische Landtag stimmt am Mittwoch über die Anträge ab, die die einzelnen Fraktionen zu den Etats der Landwirtschafts-, Domänen- und Besitzverwaltung eingebracht hatten. Dabei wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien alle Anträge angenommen, die Zulassungen für die verschiedensten landwirtschaftlichen Produkte und handelspolitische Erleichterungen verlangen. Mit derselben bürgerlichen Mehrheit wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten aber auch alle Anträge abgelehnt, die eine Besserstellung der Landarbeiter oder deren Gleichstellung in arbeitsrechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern forderten. Nach dem Willen dieser bürgerlichen Mehrheit soll es also bei der Kulturhandlung des Holzgängerrechts bleiben.

Die hierauf fortgesetzte Debatte über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung brachte ein ganzes Bündel Wünsche der einzelnen bürgerlichen Parteien. Aber keiner der bürgerlichen Redner versuchte, sich ernsthaft mit der Rede des Abg. Osterroth (Soz.) vom Dienstag auseinanderzusetzen.

Abg. Frau Hanna (Soz.) setzte sich mit all den kleinbürgerlichen Vorschlägen auseinander, die nach der Ansicht der Wirtschaftsparteiler und ihres Anhangs Arbeitsmittel sein sollen und die geflissentlich übersehen, daß die ganze Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Rationalisierungs- und Technisierungsmethoden die Hauptschuld an der jetzigen Krise trägt. Sie rüde deshalb wieder in den Vordergrund das große Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Allein die Erhöhung der Kaufkraft der Massen kann die Wirtschaft antreiben. Aber dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch Lohnabbau, wie es ein Teil des Unternehmertums bereits mit Erfolg versucht hat. Zu den ernsthaften Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, gehört zum Beispiel die Beseitigung der diktatorischen Preispolitik der Kartelle, die in den wichtigsten Produkten einen wirksamen Preisabbau verhindert haben. Hier müssen sich die Regierungen des Reiches und der Länder endlich von den scheinbar sehr starken und gefährlichen Einflüssen der Kartelle und Trusts freimachen, und die Sozialdemokratie wird das Ihrige dazu tun, diese Forderung durchzusetzen!

Die Aufgabe der Rationalisierung und Technisierung hat Millionen von Arbeitsträften überflüssig gemacht. Es gibt nur ein Mittel, bei diesen gesteigerten Produktionsmethoden ausgleichend zu wirken: die Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden in der Woche.

Zum Schluß beschäftigte sich Frau Hanna noch mit der Forderung nach Abbau der Doppelverdiener, insbesondere mit der geforderten Entlassung erwerbsfähiger verheirateter Frauen. Berücksichtigt man, daß von 3,7 Millionen erwerbsfähiger Frauen ungefähr 2,5 Millionen als Familienangehörige in der Landwirtschaft usw. arbeiten, daß schließlich nur eine halbe Million übrig bleibt, die theoretisch abzubauen wären, so ergibt sich, daß eine solche Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg haben kann. Es ist nun einmal nicht von der Hand zu weisen, daß von dieser halben Million der größte Teil durch die wirtschaftliche Not gezwungen ist, mitzuverdiene.

Die Ausprache wird am Donnerstag 12 Uhr fortgesetzt.

Ersparnisse — aber wo?

Die Vereinbarungen zwischen dem Reichstanzler und der Volkspartei.

Über das Ergebnis der Verhandlungen, die am 3. und 4. Februar zwischen dem Reichstanzler und dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich einerseits und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, vertreten durch ihren Vorsitzenden, Abg. Dingeldey und dem Staatsreferenten Dr. Cremer andererseits stattgefunden haben, wird im Einvernehmen mit dem Reichstanzler folgendes mitgeteilt:

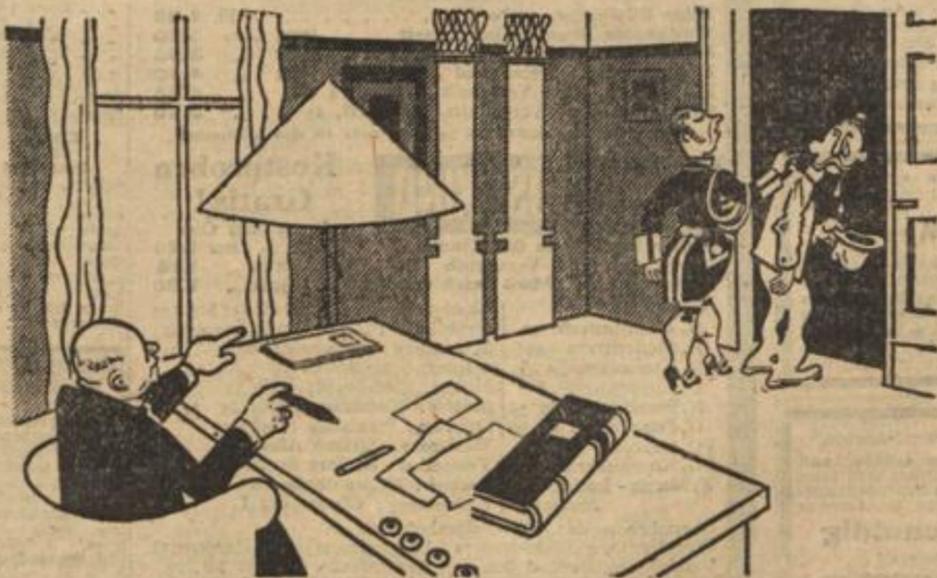
1. Welche Einnahmeausfälle infolge der Einflüsse der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber den Etatansätzen eintreten können, läßt sich heute mit voller Sicherheit endgültig nicht übersehen.

2. Der Reichstanzler und der Reichsfinanzminister sind entsprechend früheren Erklärungen mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einig darin, daß solche Ausfälle nur durch weitere Ausgabenkürzungen und nicht durch Erhöhung irgendwelcher Lasten oder durch Vermehrung von Schulden gedeckt werden dürfen.

3. Um der Reichsregierung die einwandfreie Möglichkeit solcher Ersparnisse zu schaffen, wird die Regierung den Reichstag um eine entsprechende Ermächtigung ersuchen.

Kirdorf weist Bettler ab

Der Großindustrielle Kirdorf wies eine Bettlerei der Selben ab, weil ihm „die nötigen Mittel fehlen“.



Kirdorf: „Dem Selben können Sie ruhig noch einen Zritt versehen. Erstens ist er's nicht besser gewohnt, und zweitens kommt er doch wieder!“

Das Todesurteil im Mordprozeß.

Todesstrafe für Stolpe, Gefängnis und Zuchthaus für Luise Neumann und Benziger.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, verkündete gestern nachmittags nach zweistündiger Beratung bei dicht besetztem Gerichtssaal und Tribünen folgendes Urteil: Alle drei Angeklagten Stolpe, Luise Neumann und Benziger werden der gemeinschaftlichen Tötung für schuldig erklärt, Stolpe und Luise Neumann mit Ueberlegung und Benziger ohne Ueberlegung, außerdem der gemeinschaftlichen Unterschlagung. Der Angeklagte Stolpe wird wegen Mordes zum Tode verurteilt und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für Lebensdauer und wegen Unterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis, die Angeklagte Luise Neumann wegen Mordes und Unterschlagung zu acht Jahren zwei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Benziger wegen Totschlages und Unterschlagung zu sechs Jahren drei Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren. Die Unterschlagungshat wird den Angeklagten angerechnet. Die bei der Tat benutzte Taschenlampe wird eingezogen. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Der Vorsitzende brauchte zwei Stunden zur Begründung des Urteils. Er schilderte zuerst den äußeren Befund nach dem Mord an dem Uhrmacher Uhrich, die Vorgänge, die zur Ermittlung der Täter führten und gab darauf eine ausführliche Vorgeschichte der Tat: wie die Angeklagten Stolpe und Luise Neumann auf den Gedanken kamen, sich bei Uhrich Geld zu holen und wie aus dieser Absicht der Plan zu seiner Tötung entstand. Es mag dahingestellt bleiben, sagte der Landgerichtsdirektor Schmidt, wenn der Gedanke, Uhrich beiseitezuschaffen, zuerst gekommen ist. Jedenfalls befreundete sich Stolpe sehr schnell mit diesem Gedanken. Es ist auch glaubhaft, daß Luise Neumann erklärt habe, sie würde zum Besten greifen, falls ein Ermürgen nicht möglich sein sollte. Die Aussagen der Angeklagten bei ihrer polizeilichen Vernehmung lassen keinen Zweifel darüber, daß sie am Abend der Tat zu Uhrich gegangen sind, um zu töten. Die späteren Abschwächungen in der Gerichtsverhandlung erscheinen wenig glaubhaft. Eine richtiggehende Unterbrechung der Tatabsicht hat eigentlich in keinem Augenblick stattgefunden. Hätten die Angeklagten beabsichtigt, die Tat zu unterlassen, so wäre dazu der Moment günstig gewesen, als sie das erste Mal in den Borderraum zurückgegangen sind. Bei der Entscheidung über die Frage, ob die Angeklagten im Augenblick der Tat im Besitze der erforderlichen Ueberlegungsfähigkeit gewesen sind, ist ihre Persönlichkeit von Bedeutung. Stolpe ist laut Gutachten der Sachverständigen der Ueberlegere von allen dreien. So hat er auch bei der Ermordung Uhrichs vollkommen überlegt gehandelt. Luise Neumann, die bei ihrer kindlichen Laune als voll Erwachsene gelebt und sich im idyllischen Leben stets gut zurechtgefunden hat, ist gleichfalls während der Tat vollkommen überlegt gewesen. Anders der Angeklagte Benziger, der von den Sachverständigen als geistig beschränkt bezeichnet worden ist. Zum Schluß führte Landgerichtsdirektor Schmidt noch folgendes aus: Es wurde hier von Rat gesprochen. Viele tausende Jugendliche leben tatsächlich in größter Not. Hier war das nicht der Fall. Diese drei jungen Menschen hatten noch im Hause der Eltern ihr Essen und ihre Ernährung. Es wurde auch von Arbeitslosigkeit gesprochen. Man weiß, wie Arbeitslosigkeit die Jugend demoralisiert, sie dem Kriminalismus zugeneigt macht. Benzigers Arbeitslosigkeit war von ihm unverschuldet; die Arbeitslosigkeit von Luise Neumann und Stolpe aber zum Teil selbstverschuldet. Stolpe hatte eine Woche vor der Tat die Arbeit eingestellt; es gelang ihm nicht, sich wegen eines an-

geblichen Rheumatismus krank schreiben zu lassen, er war nun ohne Arbeitseinkommen und ohne Kronengeld.

Bei Luise Neumann war noch zu prüfen, ob Erziehungsmaßnahmen in Betracht kämen. Als solche ist in diesem Falle die Gefängnisstrafe zu betrachten. Eine Bewährungsfrist wäre erst nach mehreren Jahren in Erwägung zu ziehen.

Der Vorsitzende erteilte darauf den Angeklagten die übliche Belehrung über die Rechtsmittel der Revision. Benziger erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen. Er hatte die ganze Zeit über seinen Kopf tief geneigt gehalten, man merkte es ihm an, daß er auch geweint hatte. Als er hinausgeführt wurde, tröstete ihn Stolpe; er klopfte ihm zärtlich mit der Hand auf den Hinterkopf: „Erich, wenn man dich, mein lieber Junge!“ Er selbst hatte die ganze Zeit über vor sich hingestarrt, und nur während einiger Teile der Begründung, insbesondere, als der Vorsitzende die näheren Einzelheiten der Tat schilderte, seinen Kopf hinter der Barriere verschwinden lassen. Dann wieder murmelte er wütende Worte und machte zornige Bewegungen. Luise Neumann zeigte beim Eintritt in den Gerichtssaal ihr übliches unbefangenes Gesicht und unterhielt sich nach Schluß der Verhandlung angeregt mit ihrem Verteidiger.

Ein Schlußwort.

Zum Fall Stolpe-Luise Neumann wäre viel zu sagen von psychologischen wie soziologischen Gesichtspunkten. In diesem Augenblick und an dieser Stelle zum Prozeß selbst nur das wenige. Die Bemühungen der Sachverständigen in bezug auf Stolpe und die Neumann sind ohne Erfolg geblieben; das Gericht hat beiden Ueberlegungsfähigkeit im Augenblick der Tat nicht abgesprochen. Genügt hat nur das einmütige psychiatrische Gutachten bloß dem Angeklagten Benziger. Ist aber das Zuchthaus der rechte Ort für diesen zwanzigjährigen mit der Entwicklung eines Sechszehnjährigen oder Siebzehnjährigen. Sollte die Zuchthausstrafe nicht auf den Gnadenwege in eine Gefängnisstrafe umgewandelt werden können, damit er z. B. im Jugendgefängnis von Rotbus erzieherischen Einflüssen unterstellt wird? Das Todesurteil gegen Stolpe wird nicht vollstreckt werden; die lebenslängliche Zuchthausstrafe bei guter Führung in einigen Jahren in eine befristete umgewandelt werden. In zwölf, dreizehn, fünfzehn Jahren wird er das Gefängnis verlassen. Auch das Gericht mußte anerkennen, daß in diesem dreißigjährigen ein guter Kern steckt. Wird dieser Kern im Zuchthaus zur Entfaltung kommen oder gar eingehen? Wird dieser der Freiheit geduldet wiedergegeben werden oder...? Luise Neumann wird im Frauengefängnis in der Barnimstraße für sorgliche Behandlung finden, vielleicht wird sie auch dort erlösen und das erste Jahr über ihr Kind bei sich behalten dürfen. Ob aber die Umgebung eines Gefängnisses, ob das Leben ohne gleichartige Geschlechtsgenossinnen außerhalb einer Gemeinschaft in ihr die ihr so notwendigen sozialen Instinkte und Gewohnheiten zu schaffen imstande sein wird, erscheint fraglich. Hätte aber das Urteil gegen die Angeklagten anders ausfallen können oder fallen? Die Sachverständigen haben dem Gericht einen Weg vom Nordparagrafen weg gewiesen. Die besonderen Eigentümlichkeiten der Tatalausführung, das Zaubern der Angeklagten, ihr zeitweiliges Zurücktreten von der Tat, und die Auslösung durch das plötzliche Erwachen und den Schrei des Uhrmachers gab die Möglichkeit, auf Totschlag zu erkennen. Das Gericht wollte nicht den Weg gehen oder glaubte, ihn aus juristischen Erwägungen nicht gehen zu können.

Die große Sensation ist vorüber; die Angeklagten haben den vollen Preis für ihre Tat zu zahlen. In kurzer Zeit wird der Kriminalfall Bieschen vergessen sein. Je schneller, je besser. Die Lehren aber, die aus diesem Fall von Familie, Schule, Jugendamt und Deffenlichkeit gezogen werden müssen, sollten nicht vergessen werden.

Magistrat zum Berlin-Gesetz.

Weniger Stadtrordnerte. — Sieben Bürgermeister.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich mit den bereits veröffentlichten Beschlüssen der städtischen Organisationsdeputation beschäftigt und sich dabei im wesentlichen den Ansichten dieser Organisation angeschlossen. Abweichender Ansicht war der Magistrat in folgenden Punkten, die in einem Schreiben an den preussischen Minister des Innern wie folgt umrissen werden:

Der Magistrat hält die Anzahl der Mitglieder der Stadtrordnerterversammlung zu hoch, er glaubt, daß man mit einer Mitgliederzahl von 150 auskommen könnte. Er vertritt ferner die Ansicht, das Bürgermeisterkollegium müsse einschließlich des Oberbürgermeisters mindestens sieben Mitglieder umfassen. Ein kleineres Bürgermeisterkollegium ist nach seiner Ansicht nicht einflände, die Verantwortung für die Verwaltungsführung zu übernehmen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß der Bürgermeister den Vorsitz im Stadtgemeindevausschuß führen muß, um eine größere Einwirkung auf die Beschlüsse des Stadtgemeindevausschusses zu erzielen. (Das steht auch der Severing-Entwurf bereits vor. Red. d. „Vorw.“) Es wird weiter die Auffassung vertreten, daß die Machtbefugnisse des Stadtgemeindevausschusses im Gesetz festgelegt werden müssen, um die Lebensfähigkeit des Ausschusses zu sichern. Der Stadtrordnerterversammlung müsse außerdem die Schulpis zugewiesen werden, weitere Aufgaben an den Stadtgemeindevausschuß zu übertragen. Hinsichtlich der Verwaltungsbezirke ist der Magistrat der Ansicht, daß deren Zahl verringert werden muß. Diese Verringerung solle aber nicht gegenwärtig sofort bei der Änderung des Gesetzes eintreten, sondern könne später vorgenommen werden.

Der preussische Minister des Innern hat die Beschlüsse des Magistrats dem Landtag zugehen lassen. Sie werden bei der Beratung des Landtags über den Gesetzentwurf zur Neuordnung der Berliner Verwaltung berücksichtigt werden.

Stichflammen im Zirkus.

Ein Unfall ohne ernste Folgen.

Nach einer Filmaufnahme im Zirkusparade Busch ereignete sich gestern ein seltener Unfall, bei dem sieben Komparsen Verletzungen erlitten. Nach den Aufnahmen, die unter der Regie Duponis zu dem Film „Salto mortale“ gedreht wurden, streben mehrere hundert Komparsen den Schaltern zu, wo die Honorare zur Auszahlung gelangen sollten. Durch Unvorsichtigkeit wurde im Gedränge das Kabel einer Lichtmaschine abgerissen, so daß mehrere Stichflammen hervorschlügen. Der grelle Feuerchein verursachte eine so starke Erregung, daß es im Augenblick zu einem heillosen Durcheinander kam. Mehrere Personen wurden zu Boden getreten und nicht unerheblich verletzt. Zwei der Verunglückten, Sanjo Seidler aus der Jossener Straße 12 und Hans Osberg aus Steglitz, Bergstraße 77, mußten mit Kopfverletzungen ins Hedwig-Krankenhaus gebracht werden. Fünf weitere Verletzte konnten nach Behandlung auf der Sanitätsstelle im Zirkus wieder entlassen werden.

Ausschluß der Kommunisten.

In der Bezirksversammlung Friedrichshagen am gestern bei Beratung einer geschäftsordnungswidrigen Erklärung durch den Kommunisten Bänck zu kürzlichen Zwischenfällen. Bänck, der es ablehnte, den Anordnungen des Vorsitzenden zu folgen, wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Seine Weigerung, den Saal zu verlassen, führte zu seiner polizeilichen Ausweisung. Die kommunistische Fraktion begleitete das Erscheinen der Polizeibeamten mit den üblichen Schimpereien, so daß die Versammlung mit großer Mehrheit den Ausschluß der gesamten kommunistischen Fraktion beschloß. Nach Entfernung der Kommunisten konnte die Versammlung in Ruhe fortgesetzt werden.

W. Seemann
C. Wöhle
Unternehmer..

Die Tante schwieg und preßte beide Hände an die Schläfen.

Franz hatte sich wieder hingelehnt. Erst jetzt erkannte er die Größe der Gefahr. Die Kreditwürdigkeit der Firma war erschüttert, wenn es nicht sofort gelang, Ordnung zu schaffen. Er kämpfte schwer mit sich selber. Es war ihm im höchsten Grade unempfindlich und demütigend, sich Sandow zu offenbaren. Aber es war nötig, ihn heranzuziehen. Er ließ ihn holen.

Sandow verzog keine Miene, sondern sagte:

„Was geht das alles mich an? Wenn es eben nicht mehr geht, wraden wir ab und machen den Betrieb zu. Ich habe es satt, mich von jedem Kadeiten kommandieren zu lassen. Schließlich habe ich auch das Meinige dazu beigetragen, das Unternehmen hochzubringen. Das ist nun der Dank dafür!“

In Franz tobte ein heftiger Widerstreit. Er wollte aufahren. Doch die Ueberlegung funkte dazwischen: dann wird die Sache nur noch schlimmer und unreparierbar. Dann wieder erwog er, Sandow um Verzeihung zu bitten und auf diese Weise seine Unbefonnenheit und Heftigkeit wieder gut zu machen. Doch dagegen bäumte sich sein Stolz auf. Nein, nachdem einmal die Karre so gründlich verfahren war, durfte er sich keine Blöße mehr geben! Selber die Riste aus dem Matsch ziehen, das war das einzig Senkrechte! Er zwang sich zur äußersten Ruhe und sagte gelassen:

„Es ist gut, Herr Sandow, Sie können gehen! Ich werde die Angelegenheit selber regeln!“

Sandow schaute betroffen den jungen Chef an. Eine solche Wirkung seiner Worte hatte er nicht erwartet. Der Sohn seines einstigen Freundes sagte „Sie!“ zu ihm! Zu ihm, der doch gewöhnt gewesen war, von ihm mit „Onkel Sandow“ angeredet zu werden. So mußte es kommen! Es ging jetzt per „Sie!“ Das war der Dank für all seine Mühen.

Er stand auf, warf den Kopf zurück und ging ohne ein Wort des Grußes aus dem Kontor.

Franz fuhr zu seiner Mutter.

„Es handelt sich um die Summe“, begann er, „die du von meinem Konto abgeboben hast. Ich muß dich bitten, das Geld sofort zurücküberweisen zu lassen!“

Witwe Mia Eifermann stand auf und sah ihren Sohn mit einem vernichtenden Blick an.

„Ich habe dir bereits heute morgen gesagt, Franz, was ich dazu zu sagen hatte. Damit basta.“

„Hast du wenigstens eine Quittung über die Summe, die du Brutschki zum Spekulieren ausgehändigt hast?“

Frau Mia holte ihre Tasche herbei und kramte unter allerlei Nebensächlichkeiten ein Stück zerknülltes Papier hervor, das sie ihrem Sohne überreichte.

„Er las die Quittung über fünfundsechzigtausend Mark, und ein triumphierendes Lächeln glitt über sein Gesicht. Sorgfältig strich er den Schein glatt und steckte ihn in die Brusttasche.“

„Wo sind die anderen zehntausend Mark geblieben?“ fragte er weiter.

„Die habe ich Ischa gegeben. Es ist wegen des Kindes.“

„Hast dir Ischa eine Quittung gegeben?“

Mia schüttelte den Kopf.

„Das ist sehr schade, Mutter, man muß sich über solche Beträge immer eine Quittung ausstellen lassen!“

„Wozu eine Quittung? Ich habe doch diese Summe dem Kinde geschenkt!“ sagte Frau Mia mit leichtem Vorwurf.

„Deine Schwester lebt nicht in besonders guten Verhältnissen.“

„Das ist mir neu. Ich denke, mein Herr Schwager ist vermögend?“

„Wenn du es absolut wissen willst, Hans hat im Klub sehr viel Geld verloren!“

Franz pfiff durch die Zähne.

„So, der Herr Schwager spielt?! Das ist ja für Ischas Zukunft sehr aussichtslos. Ich werde sofort zu ihr hinfahren.“

Er stand auf und wollte aus dem Zimmer. Seine Mutter hielt ihn am Ärmel fest:

„Unterstehe dich nicht und fahre zu Ischa! Sie ist in Not und muß hungern!“

Einen Augenblick zuckte Mitleid in ihm auf. Aber dann dachte er an das Unternehmen und sagte hart:

„Ich tue nur, was richtig ist, Mutter!“

Im nächsten Moment hatte er sich losgerissen und stürzte aus dem Zimmer.

In scharfem Tempo raste er mit seinem Wagen durch die Straßen. Die Uhr neben dem Geschwindigkeitsmesser zeigte

fünf Minuten vor eins. Bis zwei Uhr waren die Banken geöffnet. Wenn er den Südruchthändler sofort fahnte, konnte er das Geld noch von der Bank abheben und bei Eindeiner einzahlen. Diese Aussicht befeuerte ihn noch mehr. Vollgas gebend, ließ er den Wagen den Kurfürstendamm entlang sausen.

Vor dem pompösen Hause des Händlers droffelte er schnell den Motor, steckte im Behen den Schlüssel zu sich und war mit einigen Schritten in dem luxuriösen, mit Marmor ausgelegten Flur.

Er hatte Glück. Brutschki öffnete ihm selbst und begrüßte ihn aufs allerfreundlichste.

Franz achtete nicht darauf, sondern sagte ohne jedwede Einleitung:

„Meine Mutter hat ohne mein Vorwissen von meinem Konto einen Betrag von fünfundsechzigtausend Mark abgeboben und Ihnen übergeben. Ich erbitte das Geld sofort zurück. Die Sache eilt!“

Der Händler in Südruchten en gros ließ sich in den nächsten Klubessel fallen, klatschte sich auf die dicken, fleischigen Schenkel und prustete los:

„Bissen Sie, Verehrter, das ist ja äußerst kurios! Ein seiner Wig ist das!“

„Bitte, geben Sie das Geld heraus, ich habe Eile. Meine Mutter hat Ihnen das Geld in Unkenntnis der Sachlage gegeben!“

„Sie wollen das Geld wirklich zurückhaben? Eigentlich brauchte ich es Ihnen nicht zu geben. Aber in Anbetracht unseres nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses...“

„Ich komme im Auftrag meiner Mutter. Hier ist die Quittung!“ Franz holte das Papier aus der Tasche und steckte es wieder zurück.

„Das ändert die Sache! Aber können Sie mir den Betrag nicht für einige Tage leihweise überlassen?“

Franz schüttelte energisch den Kopf:

„Ich komme in Zahlungsschwierigkeiten, wenn ich die Summe nicht sofort zur Verfügung habe.“

Brutschki lachte.

„Zahlungsschwierigkeiten... Eine derart potente Firma wie Sie! Das ist eine Ausrede und eine faule dazu. Sie wollen einfach nicht, sagen Sie es rund heraus. Aber nicht daß Sie meinen, ich habe das Geld hier...“

„Ich habe kein Recht, durch gewagte Spekulationen mein Unternehmen zu ruinieren.“

(Fortsetzung folgt.)

Henry Poulaille: Das Opfer

(Schluß)

Man hörte nur das Stöhnen des Verletzten und das ununterbrochene Weinen der Frau.
„Ich laufe schnell zum Arzt!“ erbot sich Frau Salat.
Sie gingen in die Stube.
„Welchen Arzt lassen wir holen, Frau Valler?“
„Drouin, Frau Ragon. Er ist nicht grob. Er war immer gut zu dem Jungen und er wird auch für meinen Mann am besten sein.“
„Dann merke ich gleich laufen!“ machte sich Frau Salat zum Gehen fertig.
„Sagen Sie, er soll sofort kommen!“
Frau Valler brach erneut in Tränen aus und warf sich verzweifelt über den Tisch.
„Kopf hoch! Es gibt leichte und schwere Brüche, und bei ihrem Mann ist es an einer weniger gefährlichen Stelle. — Sie werden sehen, was Drouin sagt.“
Der Verletzte machte mit den Händen Zeichen und wies auf seine Kleider. Frau Ragon glaubte ihn zu verstehen.
„Haben Sie ein Attest?“
Sie fand es in seinem Jackett.
„Untersuchner beschneidet hiermit, Herrn Valler untersucht zu haben und stellt in der Höhe des ersten Beckenknöchels eine sehr starke Schmerzempfindlichkeit fest, sowie ein Hervortreten der... das verstehe ich nicht, ist wieder ihr Chinesisch oder Latein, nicht zu lesen... Die Prüfung der Beweglichkeit und Druckempfindlichkeit läßt darauf schließen (sie las die Stelle undeutlich und leise), daß eine schwere Verletzung des Rückenmarks vorliegt, die verursacht ist durch einen Bruch der Wirbelsäule. Nach Aussage des Patienten erfolgte dieser Unfall bei seiner Arbeit auf der Baustelle von Barmalesy und Bizard am 10. Juli, 2 Uhr 45 nachmittags. Der augenblickliche Zustand des Verletzten ermöglicht keine genaue Angaben des Krankheitsverlaufs nach eine ungefähre Angabe der Dauer der Arbeitsunfähigkeit.“
Paris, 10. Juli

„Nach Aussage des Patienten erfolgte der Unfall... wie er das schreibt, wo er doch gleich zur Unfallstelle geholt wurde!“
„Das ist doch nur ein Attest!“ warf Frau Salat ein.
„Attest oder keine, das ist geschmacklos! Das sieht aus, als ob man die Wahrheit in Zweifel ziehen wollte“, erwiderte die Ragon.
„Ich werde mich wehren“, versahiedete sich Frau Salat.
Eine Stunde verrann, qualvoll langsam, immer wieder unterbrochen von den Schmerzensschreien des Verletzten.
Frau Salat, die sich zurückbelehrt hatte, und Frau Ragon, beschäftigt mit der Küche.
„Jean! — Jean!“
Der Verletzte rief sein Kind.
„Er spielt noch draußen!“ beruhigte ihn seine Frau.
„Ich werde den Jungen zu mir nehmen“, sagte die Ragon, da hat er Gesellschaft genug und braucht nicht still sitzen. Machen Sie sich keine Gedanken. Er wird bei Raymond schlafen. Ich werde schon für ihn sorgen.“
Die Uhr hatte eben sechs geschlagen, als der Junge in die Stube kam.
„Jean, du willst zu uns kommen?“
Erstarrt sah das Kind die Nachbarin an.
„Warum?“
„Sie zog ihn zu sich.“
„Weiß dein Vater, daß du noch heute gekommen bist?“
„Der Vater? — Schlimm? —“ fragte der Junge.
„Schlimm genug. Du weißt, wenn jemand krank ist, muß er unbedingt schlafen und Ruhe haben. Du wirst solange bei uns bleiben, ja?“
„Was hat denn mein Vater, Frau Ragon? — Ich will sehen...“
„Der Arzt wird gleich kommen. Jetzt kannst du nicht. Er ist vom Gerüst gestürzt und hat sich verletzt.“

„Stirbt man davon?“ fragte nachdenklich der Junge und ihm rollten schon die Tränen.
„Der andere, der mit deinem Vater stürzte, war gleich tot. Dein Vater ist wohl nicht so schlimm gefallen wie der andere und nun muß er ruhig liegen, damit alles wieder heilt.“
Die Angst bemächtigt sich auch des Kindes.
„Ich will Vater sehen!“
„Jetzt nicht, mein Junge, um Mitternacht, wenn der Arzt dagewesen ist. Wenn dich dein Vater jetzt sieht, dann tut ihm alles noch mehr weh“, überredete ihn Frau Ragon.
Ein siebenjähriges Kind hat schon Verstand.
„Gut, dann werde ich um acht Uhr sehen.“
Und er ging willig mit hinaus. Raymond war da und Vater Ragon. Pepee, die Tochter, kam erst später und der andere Junge, der Telegraphist, hatte Spätdienst.
Raymond, der Briefträger war, wollte sich des Jungen annehmen.
„Willst du Post spielen?“
„Ich will nicht spielen.“
„Soll ich dir etwas erzählen?“
„Ich will nichts.“
„Möchtest du etwas essen?“ fragte Vater Ragon.
„Ich habe keinen Hunger.“
„Du bist ein kleiner Trostkopf“, lachte Vater Ragon.
Es war leicht zu erraten, was hinter der Stirn des Kindes trogte.
Aus der Küche rief Frau Ragon:
„Sahst doch um Himmelswillen den Jungen in Ruhe!“
Es klingelte.
Es war Frau Salat.

„Drouin ist gekommen. Es ist so, wie der Arzt geschrieben hat.“
„Was sagt er noch?“
„Ein halbes Jahr wenigstens. Es wäre besser, er ginge ins Hospital. Aber Sie hätten Valler hören sollen. Den Laufel ins Hospital — brüllte er den Arzt an. Drouin sagte, es wäre besser für die schwangere Frau. Valler will, daß seine Schwester kommt.“
„Gewiß, das wäre besser. Aber sind wir denn nicht auch da?“
sagte Frau Ragon.
Der Junge horchte und verstand mehr, als die Frauen ihn wollten wissen lassen.
„Wir werden nachher zusammen hinunter zum Vater gehen“, suchte der alte Ragon die Unruhe des Jungen fortzuschleichen.
„Aber nicht vor acht Uhr“, keifte Frau Ragon.
Vater Ragon zuckte die Achseln.
Eine Stunde vergeht langsam, wenn ein Kind Minute für Minute zählt. Wie ein Rarisch holte der Pendel zum ersten Glockenschlage aus und schlug achtmal einen sicheren Schlag.
„Acht Uhr, Vater Ragon. Wir müssen gehen.“
Vater Ragon stand auf.
An der Tür hob Frau Valler ihren Jungen auf den Arm. Sie küßte unbarmherzig das Kind, das sich nicht sträubte.
„Gute Nacht, er schläft. Nicht weinen.“
Dem Kinde standen die Tränen in den Augen, aber es weinte nicht.
Der Verletzte schlief erschöpft und ermattet von Schmerzen.
Das Kind, das seinen Vater tief atmen hörte, blinzte dankbar seine Mutter an. Bieleicht hatte es Schlimmeres geglaubt, es atmete mit einem tiefen Seufzer der Erleichterung.
An der Tür sah das Kind noch der Hand der Mutter.
„Jetzt bringt Vater keine Sous mehr nach Hause. Ich will nicht fort. Ich will nicht aufs Land. Ich will keine Ferien. Für Vater ist mein Fertelgeld.“
Dabei drückte das Kind sein Gesicht in die Schürze der Mutter, als schämte es sich seines Opfers.
(Uebersetzt von C. F. Blegen.)

Carlyle und Friedrich Engels

Zu Carlyles 50. Todestag — 5. Februar

Von Carlyle stammen die Worte: „Die Weltgeschichte, die Geschichte dessen, was der Mensch in der Welt vollbracht hat, ist im Grunde die Geschichte der großen Männer, die auf Erden aufgetreten sind.“ Das Zitat stammt aus seiner Schrift „Helden und Heldenerzählung“. Der Inhalt dieses Buches ist freilich auf einen wesentlichen anderen Grundton abgestimmt, als es der willkürlich herausgegriffene Satz vermuten läßt. Mit ungewöhnlich klaren Augen sah Carlyle auch die Verheerungen im Gefolge des immer mächtiger werdenden Kapitalismus. Sein Buch will dagegen mit der Bewahrung der wahren Helden der Menschheit ankämpfen, der Feuerhähnen, wie er sie nennt, die auf ihrer dunklen Pflügerfahrt auch der Menschheit den Weg aus dem industriellen Elend zeigen. Angreifbar ist unbedingt die Orientierung in der Vergangenheit, aber selbst bei vollkommen anderer Meinung bietet das Buch für den kritisch Urteilenden stärksten geistigen Gewinn, weil ein wahrhaft großer und unvoreingenommener Charakter dahinter steht.
Dieser Charaktergröße hat sich auch Friedrich Engels nicht entziehen können, der in seinen jungen Jahren in der englischen Industrie die Kämpfe und Wankende der Zeit studierte. In einem umfangreichen Aufsatz setzt er sich eingehend mit einem anderen Werk Carlyles „Vergangenheit und Gegenwart“ auseinander. In einem zeitkritischen literarischen Gemälde, in dem das England des 12. mit dem des 19. Jahrhunderts verglichen wird, wertet Carlyle mit äußerster Schärfe gegen den industriellen Hochmut der

Zeit, gegen die faule Aristokratie der Grundbesitzer, gegen den Rammonismus der industriellen Piraten und gegen das Verfallwinden einer wahrhaften Religiosität. Engels nennt diese Aufsätze das einzige Buch in der englischen Literatur des Jahres 1843, das lesenswert sei, weil es menschliche Seiten aufschlägt, menschliche Verhältnisse darlegt und eine Spur von menschlicher Anschauungsweise entwirft. Im Hinblick auf die Schilderung der englischen Gesellschaftsverhältnisse stimmt er ihm im wesentlichen zu. Darüber hinaus aber kann er betonen, daß die reine Klage nutzlos ist und die Schilderung eines Zustandes nur dann wirklich fruchtbar gemacht werden kann, wenn man die Voraussetzungen studiert und sie wieder als Schlüsse für die zukünftige Entwicklung verwertet.
In ähnlicher Weise setzt Engels sich mit Carlyles Kampf um eine wirkliche Religiosität auseinander. Carlyle ist natürlich kein hoher Kirchensgläubiger; er ist Pantheist im Sinne Goethes, womit er natürlich auch ein den Menschen übergeordnetes höheres Wesen annimmt. Von diesem Standpunkt aus glaubt er nicht an den endgültigen Sieg der demokratischen Gesellschaftsform, vielmehr an eine neue Zeit, in der die großen Helden der wieder führungsbedürftigen Menschheit die Wege weisen werden. Engels vertritt dagegen die Meinung, daß nach dem Niedergange des Christentums keine andere Religion mehr möglich sei, und daß dafür dem Menschen wieder ein menschlicher Inhalt gegeben werden wird. Carlyles Heroenkultus aber stellt er dann bei aller Hochachtung vor dem Gegner seine eigene Ansicht gegenüber: „Als ob diese Helden im besten Falle mehr sein könnten als Menschen! Hätte Carlyle den Menschen als Menschen in seiner ganzen Unendlichkeit begriffen, so würde er nicht auf den Gedanken kommen, die Menschheit wieder in zwei Haufen Schafe und Böde, Regierende und Regierte, Aristokraten und Kanaille, Herren und Dummköpfe zu trennen, so würde er die richtige soziale Stellung des Talents nicht im gewalttätigen Regieren, sondern im Anregen und Vorangehen gefunden haben. Das Talent hat die Masse von der Wahrheit seiner Ideen zu überzeugen und wird sich dann nicht weiter um die ganz von selbst folgende Ausführung derselben zu plagen haben.“ Mit diesen Sätzen werden vorbildlich die Gedanken einer charaktervollen Persönlichkeit in eine neue und zeitgemäße Lebensanschauung weitergeleitet.
Stils.

H. Gurdus: Ein Tschekakommissar

Es war in Moskau, in jenen Tagen, als über Rußland der furchtbare Terror des Kriegskommunismus wütete.
Jeden Morgen klebten an den Litschkäulen lange Zettel vollbedruckt mit Namen. Jeden Morgen neue Namen, und immer standen dieselben Worte unter ihnen: „Zum Tode durch Erschießen verurteilt. Urteil heute Nacht vollstreckt. Tscheka.“ Wie ausgetrocknet lag Moskau. Der Hunger und die Tscheka rasten nur. Am Tage fuhren Lastautos mit erschrockenen Menschengruppen, eingezäumt von Bajonetten. Verhaftete, Todesurteil.
Sie alle wurden nach dem großen Haus an der Wubjanka gefahren. In diesem Haus gehen die Menschen nur zitternd vorüber. Nachts erklingen aus diesem Gebäude Schüsse und Morgens fuhren dann die tiefen Lastautos aus dem Tor ohne Wachen, denn Tote schlachten nicht.
Am Tor dieses Gebäudes war ein kleines unscheinbares Schild, vier russische Buchstaben: Tscheka. Wer durch diese Türe ging, nahm Abschied vom Leben. Im Keller des Hauses standen die chinesischen Sonderkompanien der Tscheka. Das waren die Erschießungsabteilungen, die damals Ueberstunden machten. Alles war gut organisiert. Erstes Stodwerk: Voruntersuchung. Partier: Urteil, Keller: Hinrichtung.
Eines Tages erinnerte sich der Herr der Tscheka, Djerjinski, daß in Moskau noch einige Gruppen versprengter Sozialrevolutionäre sein müßten und begann auf diese eine wahre Treibjagd. Todesstrafen wurden selbst über die verhängt, die Sozialdemokraten bei sich verborgen hielten.
Damals lebte in Moskau ein Mann, der „Aphloater“ der russischen Revolution“ genannt. Diesen Namen bekam er, weil er während der Zarenherrschaft alle verurteilten Revolutionäre bei sich zu Hause versteckte. Unzählige hatte er auf diese Weise das Leben gerettet.
Die Tscheka überlegte: Könnte nicht dieser „Aphloater“, wie einst vor dem Zaren, jetzt die Sozialisten vor der Tscheka verstecken? Eines Tages wurde der alte Revolutionär verhaftet. Man fand bei ihm sozialrevolutionäre Flugblätter.
Das genügte, um einen Menschen zu erschlagen. Gefesselt brachte man ihn in das „Bluthaus“. „Zimmer 32, Einzelverhör.“
Seber, der einmal im Hause an der Wubjanka gefessen, erzittert noch heute bei diesen Worten. Man brachte den Alten ins Zimmer 32 zum diensthabenden Kommissar. Dieser las an einem Schreibtisch und frug die Wache, ohne aufzublicken:
„Was bringt ihr da?“
„Den Sozialrevolutionär B.“
Der Kommissar blinzelte blitzschnell auf den Alten und sprach mit vor Erregung heiserer Stimme: „Wache raus“. Dann wandte er sich zu den Alten:

„Setzen Sie sich, Michail Petrowitsch. Ich hoffe, Sie erkennen mich?“
„Nein.“
„Nun, ja Ihrer Schützlinge waren zu viele. Aber können Sie sich an den Gymnasialisten erinnern, dem Sie einen falschen Paß besorgten und nach dem Attentat auf den Polizeipräsidenten in Ihrem Hause vor der Gendarmerteil versteckten?“ Der Alte nickte.
„Ach ja, Sie waren in der Gruppe J. Kiew, nicht wahr?“ „Ja“, sagte der Tschekakommissar. Da schnurrte das Handtelefon auf den Tisch, die Stimme des Chefs: „Der alte B., der jetzt bei Ihnen ist, muß höchstes Strafmaß bekommen!“ Der Kommissar wurde leichenblau. Er soll den alten „Aphloater“ an die Wand stellen! Der Alte wachte, worum es ging, leise sprach er: „Den Kordin, der in Ihrer Gruppe war, habt ihr ja auch erschossen.“
Die Lippen des Kommissars bebten, er sprang auf. Seine Hände zerkten am Uniformkragen. Und dann sprach er ruhig aber bestimmt:
„Rein, Michail Petrowitsch, ich unterschreibe Ihr Todesurteil nicht.“
Der Kommissar sprach mit heiserer Stimme weiter:
„Ich kann nicht mehr. Jede Nacht neue Geflüchtete, jede Nacht neue Menschen, man setzt seinen Namen auf ein Stück Papier, und eine halbe Stunde danach verbluten im Keller Menschen. Jetzt gegen frühere Genossen?! Nein!“
Der Kommissar stürzte an den Schreibtisch, zerkte einen Ausweis heraus und Geld, stopfte alles in die Taschen des Alten, der stumm dasah, und flüsterte:
„Hier ist ein Tschekaausweis, Sie kommen bis zur Grenze. Die Pösel sind ja bei Minsk. Ich führe Sie selbst bis zum Tor.“
Er nahm B. bei der Hand, schrie der Wache etwas zu, führte den Alten die Treppen herunter, aber nicht zum Keller, sondern zur Tür. Dort zog B. seinen Ausweis raus. Die Wache grüßte.
„Danke, Genosse“, sprach der Alte zum Tschekakommissar. Dieser stieg zurück langsam in das Zimmer des Chefs. Dort richtete er sich stramm vor dem „blutigen Peters“ auf und sprach:
„Ich habe den Alten losgelassen. Er konnte nachweisen, daß er unschuldig ist.“ Peters blinzelte ruhig ins Gesicht des jungen Kommissars und lächelte nach der Wache.
Drei Tage danach stand der Name des Tschekakommissars auf allen Litschkäulen Moskaus. Unter den Namen standen die amtlichen Worte:
„Erschossen wegen Betrugs an der revolutionären Sache.“
Der „Aphloater der russischen Revolution“ las diese Nachricht in Polen.

Die Bahn Haifa-Delhi

England ist im Begriff, einen uralten britischen Eisenbahnplan durchzuführen. Uraht... hat hier natürlich 100 Jahre! Der Seeweg nach Indien durch den Suezkanal ist zwar rascher als früher die Umfischung des Rups der guten Hoffnung war, ist auch rascher als die Karawanen einst von Port Said nach Suez zogen —, aber die Eisenbahn Haifa-Bagdad-Basra würde doch die Situation noch ganz anders verbessern. Wirtschaftlich und politisch wäre die Bahn recht wichtig, obgleich sie teilweise durch eine Wüste führen wird. Die Entfernung Haifa-Bagdad-Basra beträgt ungefähr 1400 Kilometer, also etwa Berlin-Neapel. Vom Irak her soll längs der Bahn eine Delleitung nach Haifa gelegt werden (womit man freilich der Bahn gleich die Haupteinnahmequelle verstopft!). Frankreichs Mandatgebiet beginnt wenige Kilometer nördlich von Haifa. Frankreich möchte natürlich, daß Bahn und Delleitung auf sein Gebiet auslaufen. Auch die alte Metropole Damaskus, heute unter französischem Schutz, wird „abgeschnitten“.
In späterer Zeit soll die Bahn Haifa-Basra bis nach Indien fortgeführt werden. Die Linie Haifa-Delhi würde ungefähr 6000 Kilometer lang sein, Haifa-Kalkutta fast 7500 Kilometer. Diese Bahn stellt ein Seitenstück zur Sibirischen Bahn vor. Da in Bagdad Anschließung an die Linie Aleppo-Angora-Stambul früher oder später doch kommen wird (Berlin-Bagdad seligen Angebens!), so würde eine solche Bahn ganz Indien an Europa anstößen. Nach Untertunnelung des Bosphorus könnte man also direkte Wagen Berlin-Delhi einführen. Diese Reise um die Erde würde um fast eine Woche verkürzt. Durch Verbindung einzelner bestehender weiterer Linien kann die Bahn schließlich bis in die letzte Spitze englischer Herrschaft, nach Singapur, fortgeführt werden. Die Linie Calais-Singapur würde mit 15000 Kilometer den Erddurchmesser an Länge übertreffen, sie kann in einer Reihe von zehn Tagen bewältigt werden. Daß eine Flugverbindung die gleiche Strecke in der halben Zeit zurückzuführen ermöglicht, ist richtig, aber die Fliegerel ist heute noch kein wirkliches Verkehrsmittel und wird wohl auch kaum irgendwann die großen Eisenbahnlinien verdrängen können.
Da das erste Teilstück der Bahn, nämlich Haifa-Bagdad-Basra, bereits beschaffen ist, kann mit baldigem Baubeginn gerechnet werden. Die Wüstenbahn beginnt in der transjordanischen Station Deraat, die sowohl mit Damaskus als mit Haifa und mit Medina Bahnverbindung hat.

Die Wirtschaftskrise in Italien.

Ein kritisches Jahr für Mussolini.

In den letzten Monaten hat sich die Lage der italienischen Wirtschaft verschlechtert. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten und die Einfuhr von Rohstoffen ist sehr stark zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit wächst schnell, und der Stand der Finanzen verschlechterte sich zusehends. Schon die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres, das am 1. Juli begonnen hat, brachten ein Defizit von 729 Millionen Lire. Zuerst versuchte es Mussolini mit einer Erhöhung der Tabaksteuer um 13 bis 33 Proz. Aber statt der erwarteten Einnahme von 880 Millionen Lire ergab sich in den ersten fünf Monaten ein Ausfall von 41 Millionen Lire. Die Preiserhöhung wurde von den Verbrauchern mit einer scharfen Verbrauchereinschränkung beantwortet. Nicht besser ging es bei der Erhöhung der Warenausfuhrsteuer. Selbstverständlich wurde auch das letzte Mittel kurzfristiger Wirtschaftspolitik angewandt — Zollerhöhungen zum Schutze der nationalen Wirtschaft. Die Zölle auf Waren aller Art wurden verdoppelt, die Einfuhr von Autoteilen wurde mit importdrohenden Zöllen belegt; dazu kamen gegen Frankreich und Belgien gerichtete Zölle auf Hanf- und Seidenwaren. Zur Widerrückung der Wirtschaftskrise hat das alles aber nicht beigetragen.

Außerordentliche Kommissare zum Lohndruck.

Darum hat es Mussolini mit einer Preisfestsetzungs- und Lohndruckkampagne versucht, ähnlich wie es in Deutschland nach dem Wunsch der Industriellen geschah, nur geschmückt mit den besonderen Parolen der faschistischen Demagogie. Die Preisfestsetzung wurde mit der Parole eingeleitet, daß das Preisniveau nunmehr, um den Export zu fördern, auf „Quote 4“ herabgedrückt werden müsse, d. h. auf die vierfache Höhe der Vorkriegspreise, was etwa der Entwertung der heutigen Lira gegenüber der Vorkriegslira entspricht. Aber obwohl in Italien alle Schwierigkeiten daher kommen, daß die ausgebeuteten Verbraucher müssen zum Kaufen zu ort sind, erfolgte gleichzeitig die allgemeine Herabsetzung der Löhne um durchschnittlich 12 Proz., die ohnehin sehr niedrigen Löhne der Landarbeiter wurden sogar um 12 bis 25 Proz. gesenkt, und da selbst die faschistischen Gewerkschaften es nicht wagen die Verantwortung für diese Aktion zu tragen, wurden von Mussolini außerordentliche Kommissare eingesetzt.

Freilich hat Mussolini als Ersatz für die Lohnkürzung eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung versprochen. So verordnet ein Dekret die Herabsetzung der Mieten um 10 Proz., und auch die Kleinhandelspreise für die notwendigen Lebensmittel sollten gedrückt werden; so wurde es wenigstens versprochen. Aber während die Lohn- und Gehaltskürzungen ohne weiteres durchgeführt wurden, stößt die Preisfestsetzung auf kaum zu überwindende Schwierigkeiten. Da es keine Gewerkschaften gibt, die unab-

hängig von der Regierungsgewalt die Interessen der Arbeiterschaft verteidigen können, wird in Italien noch mehr als in allen anderen kapitalistischen Ländern der Lohndruck rückwärts durchgeführt und bei all dem das Wirtschaftsleben noch weiter geschädigt. Die Kaufkraft im Inland wird weiter verringert, und die Senkung der Produktionskosten bleibt wirkungslos, weil der inländische Absatz schneller sinkt, als man auf dem Weltmarkt Ersatz schaffen kann.

Weshalb Mussolini für USA. Rundfunkreden hält und selbst Frankreich schöntut.

Die ernstesten Schwierigkeiten, vor denen die faschistische Regierung steht, erwachsen freilich aus der Lage der Staatsfinanzen. Neben den regelmäßigen Schuldzahlungen, deren wichtigste die 5 Millionen Dollar sind, die Italien jährlich an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat, werden in diesem Jahre sehr große Summen bei der inneren Staatsschuld fällig. Die schwebende Schuld ist seit 1927 um Milliarden gewachsen. Allein im Laufe des Jahres 1931 werden große Beträge der sogenannten neunjährigen Staatsanleihe im Gesamtbetrag von 764 Milliarden Lire fällig, davon mehr als die Hälfte am 15. November. Sicher sind die italienischen Finanzinstitute, bei denen ein großer Teil dieser Schuldscheine liegt, zu einer Verlöcherung bereit. Eine Entlastung der Schuld wäre aber nur durch eine Herabsetzung der Verzinsung möglich (Konvertierung). Dagegen aber wehren sich die Besitzer, nachdem der Staat wiederholt versichert hat, keine Zwangsconversion vornehmen zu wollen. Sie würde überdies dem öffentlichen Kredit Italiens gefährlich sein.

Ermägt man außerdem die miserable Finanzlage der Städte und Provinzen, so versteht man das große Werben Mussolinis um eine amerikanische Anleihe und die Wästel seiner Rundfunkreden die Mussolini für sich an das amerikanische Volk gehalten hat. Die große Finanznot Italiens macht es auch verständlich, daß man sogar bei Frankreich, das offen oder verdeckt von Mussolini immer wieder als der große Gegner Italiens bezeichnet wird, Geld zu borgen versucht hat.

So stehen die Finanzen Italiens, obwohl das Reich des Duce als sozial rückständigste Großmacht Europas über zu große „soziale Lasten“ nicht kloppen kann, schlechter als in den meisten europäischen Staaten. Der Hauptgrund dafür ist der übergroße Aufwand für Rüstungen und die Erhaltung des unseheuren Staatsapparates. Zu Mussolinis politischen Sorgen nach innen und außen kommt ein sehr schwerer Finanz- und Wirtschaftsdruk. Wenngleich dessen Tragweite für die Existenzfähigkeit des faschistischen Regimes nicht überschätzt werden darf, so ist er doch nicht nur ein Ausdruck weltwirtschaftlicher Verlagerungen, sondern ein wirklicher Misserfolg faschistischer Regierungspolitik, und das mag auch in Deutschland zur Warnung dienen.

Wenn die französischen Banken sich an diesem Kredit beteiligen, so tun sie es natürlich in erster Linie aus geschäftlichen Gründen. An einem Kredit für das Deutsche Reich wird mehr verdient, als an einem Kredit für den französischen Staat. Doch es sich dabei aber auch um ein Ereignis von einiger politischer Tragweite handelt, ergibt sich aus der Einholung der Zustimmung der französischen Regierung. Die Beurteilung des Geschäfts vom deutschen Standpunkt hängt zunächst von der Höhe der zu zahlenden Zinsen ab. Darüber hinaus aber ist die Beteiligung Frankreichs an einem Kredit für das Deutsche Reich ein Zeichen für die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, das auch für die Politik zwischen den beiden Staaten nur günstig beurteilt werden kann.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß französisches Kapital bei der Geldbeschaffung für einen deutschen Reichskredit beteiligt ist. Französische Banken haben schon im Juli 1929 — freilich mit erheblich geringeren Beträgen — sich an dem 50-Millionen-Dollar-Kredit für das Reich beteiligt, der damals unter der Führung von Dillon Read u. Co. zustande gekommen ist.

Straßenbauprojekt für Ostpreußen.

In diesen Tagen ist ein großes Straßenbauprojekt des Provinzialverbandes Ostpreußen zum Abschluß gekommen. An den Kosten dieser umfangreichen Notstandsarbeit beteiligen sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem Zuschuß von 600.000 M., das Land Preußen und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten mit langfristigen, gering verzinsten Darlehen von je 1 Million Mark. Bei den Arbeiten, die alsbald in Angriff genommen werden, sollen 210.000 Arbeitslosentagewerke geleistet werden, so daß etwa 2500 ostpreußische Arbeitslose Beschäftigung finden werden.

Bodenverbesserung und Arbeitsbeschaffung. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Landes- kulturellogenschaften

Der Verband Deutscher Landes- und Kulturgebietler hielt am Mittwoch vormittag im Reichstagsaal seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, an der auch zahlreiche Behördenvertreter teilnahmen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden des Verbandes, Oberpräsidenten a. D. von Batocki, verbreitete sich Rechtsanwalt Binkelmann über die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, durch Meliorationen volkswirtschaftlich rentable Arbeitsgelegenheiten zu schaffen und die Lebensmittelerzeugung zu steigern. Durch Beseitigung aller in Frage kommenden Meliorationen könnte im End-

ergebnis die inländische Nahrungsmittelerzeugung um mehr als zwei Milliarden Mark gesteigert werden. Das Maß der Förderung dieses Wertes durch die öffentliche Hand habe auch im letzten Jahre seiner Bedeutung auch nicht annähernd entsprochen. Der Gesamtbeitrag der öffentlichen Kredite und Beihilfen betrug 97 Millionen gegen 133 Millionen im Vorjahre. Melioriert wurden im Jahre 1930 mit diesem Betrag ungefähr 140.000 Hektar. Da die gesamte noch zu meliorierende Fläche in Deutschland rund 13 Millionen Hektar umfaßt, würde die Durchführung der Meliorationen, so betonte der Redner, wenn auch in Zukunft nur die gleichen beschränkten Mittel auf sie verwendet werden, noch etwa 93 Jahre in Anspruch nehmen.

Morgenluft an der Börse?

Ueberraschende Kurssteigerungen in der Burgstraße.

Auf der Berliner Effektenbörse gab es am Mittwoch eine Ueberraschung. Während der letzten 10 bis 14 Tage ist das Kursniveau nicht weiter gesunken. Aber trotz aller Stimmungsmache wollten die Kurse auch nicht steigen. Am Mittwoch setzte ein scharfer Anlauf zu einer Hausse ein. Auf der ganzen Linie schnellten die Kurse in die Höhe. Siemens gewann 10, AEG 3, Schuckert 4, RWE 5, A. G. Farben 6, BfE Braunkohlen 8, Mannesmann 3½, Salzbefahrung sogar 11½ Punkte.

Die tieferen Gründe dieses Hausseanfalls sind nicht ohne weiteres zu erkennen. Eine erhebliche Rolle spielte aber die günstigere Beurteilung der innerpolitischen Gesamtlage, nachdem sich bei der Geschäftsordnungsreform des Reichstags eine so breite Parteienfront zusammengefunden hat. Es lagen aber auch vom Ausland Kaufaufträge vor, und wir vermuten, daß die deutschen Banken die Börsenentwicklung durch eigene Aufträge ebenfalls stimuliert haben. Schon längst geht die Meinung vernünftiger Kapitalisten dahin, daß es ein gutes Geschäft sein müsse, jetzt einzusteigen und durchzuhalten, das heißt zu kaufen und jene Kurssteigerungen abzuwarten, die die Besserung der Wirtschaftslage bringen muß. Der Arbeiterkampf nützt diese Meinung freilich nichts, aber sie ist doch ein Symptom für einen gewissen in Kapitalistenkreisen erwachenden Optimismus.

Die Haussebewegung hat bis zum Schluß der Börse angehalten und sich auf Teilgebieten noch verstärkt. Eine Schwalbe macht freilich noch keinen Sommer.

Rohgummi wieder billiger.

Wann folgt der Preisabbau bei Gummimarkten?

Die Gummipreise, die sich im Januar auf dem Weltmarkt ziemlich stabil gehalten haben, sind jetzt infolge der anhaltenden Kaufverluste wieder zurückgegangen. Auf dem wichtigsten internationalen Gummimarkt in London gingen die Preise von rund 36 Pfennig je englisches Pfund (453 Gramm) Ende Januar bis auf etwas über 32 Pfennig zurück. Damit haben die Rohgummipreise wieder ihren größten Tiefstand vom Oktober vorigen Jahres erreicht.

Da die Ueberproduktion in der Welt auch im letzten Jahr angehalten hat, ist mit einer Gesundung des Gummimarktes in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, obwohl der gegenwärtige Preis gegen 1925 um rund 85 Proz. gefallen ist. Die gesamte Rohgummierzeugung in der Welt stellte sich 1930 auf rund 800.000 Tonnen, dagegen hat der Konsum nur knapp 700.000 Tonnen erreicht, so daß die Weltvorräte an Rohkauschuk sich am Jahresende immer noch auf 460.000 Tonnen stellen. Hier von befinden sich allein in den Vereinigten Staaten von Nordamerika rund 202.000 Tonnen, so daß sich hier allein die Vorräte gegenüber 1929 verdoppelt haben.

Die deutschen Verbraucher haben von dem Segen des Gummiiüberflusses wenigstens teilweise etwas zu spüren bekommen. So haben die Gummireifenfabriken ihre Preise im Oktober um 10 Proz. und im Dezember um 15 Proz., insgesamt also um 25 Proz. gesenkt. Anders sieht es dagegen bei den vielerlei hygienischen Gummifabrikaten und Schuhmitteln aus, die vielfach Markenartikel sind. Hier sind bisher die Preise noch um keinen Pfennig gesenkt worden, obwohl der Rohstoff seit einem Jahrzehnt nie so tief im Preis stand wie jetzt. Mit der Verordnung der Regierung, die einen zwangsweisen 10prozentigen Preisabbau für Markenartikel vorsieht, werden ja auch hier endlich die so notwendigen Preisfestsetzungen eintreten müssen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit aber darauf hinweisen, daß sich die Regierung in ihrer Verordnung vorbehalten hat, in den Fällen einzugreifen, wo ein 10prozentiger Preisabbau nicht als ausreichend angesehen wird. Ein solches Eingreifen scheint uns auf keinem Gebiet notwendiger zu sein als bei den Gummimarkten, die im Zeitalter der Hygiene und Geburtenregelung durchaus als Massenverbrauchsartikel anzusprechen sind und andererseits zu den bisherigen Preisen den Fabrikanten und Händlern hohe Sondergewinne abgeworfen haben.

Die Konturzahlen haben sich im Januar erheblich erhöht. Es wurden 1085 neue Konturle (gegen 830 im Dezember) und 518 Vergleichsverfahren (gegen 477) eröffnet.

Die amerikanische Automobilindustrie leidet beengt. In den Vereinigten Staaten und in Kanada wurden im Jahre 1930 nur 3,5 Millionen Kraftwagen hergestellt, rund 2 Millionen Stück weniger als im Jahre 1929. Die höchste Monatsziffer brachte der April mit über 450.000, die niedrigste der November mit nur noch 129.000. Im Dezember stieg die Produktionsziffer leicht auf 150.000 wieder an. Die Ausfuhr machte in den letzten Monaten 1930 verglichen mit dem Vorjahr weniger als die Hälfte aus, doch machte sich im November eine leichte Zunahme bemerkbar. Die Ford Motor Company, die kürzlich ihre Automobilpreise neuerlich gesenkt hat, berichtet nach Meldung der Agence Economique et Financiere aus Detroit über eine starke Zunahme der Aufträge. — Für 1931 wird in Amerika mit einem Bedarf von etwa 4 Millionen Wagen gerechnet; das wäre mehr als 1930.

Finanzgrüfung der Preag.

Die Basler Finanzgesellschaft verstärkt ihre Kapitalbasis.

Der Verwaltungsrat der Continental Elektrizitäts-Union A.-G. in Basel hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der auf den 6. März 1931 nach Basel einzuberufenden Generalversammlung für das erste Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. vorzuschlagen. Außerdem hat der Verwaltungsrat die Ausgabe der 10 Millionen Schweizer Franken noch unbezogenen Aktien beschlossen. Der Generalversammlung soll ferner die Erhöhung des Grundkapitals von 20 auf 50 Millionen Schweizer Franken vorgeschlagen werden.

Die Continental Elektrizitäts-Union (Continal) ist die vom Preussischen Elektrizitätsgesellschaft gemeinsam mit amerikanischen Banken beherrschte Finanzgesellschaft, die in erster Linie der Kapitalbeschaffung für die preussischen Elektrointeressen dient. Die erhebliche Kapitalerhöhung dürfte als Vorbereitung zur Stärkung der Finanzkraft der Preag anzusehen sein, die bekanntlich mit Berlin über die Beschaffung von Anleihen verhandelt, wobei Preußen und die Reichselektrowerke sich am Berliner Borsbüßig beteiligen sollen. Diese Verhandlungen dauern gegenwärtig noch fort.

Frankreich und der Reichskredit.

Die französischen Banken beteiligen sich an dem 32-Millionen-Dollar-Kredit.

Es steht nunmehr fest, daß sich französische Banken an der Beschaffung eines Reichskassenkredits beteiligen werden. Das Reich hat nominell 300 Millionen Mark Vorkaufaktien der Reichsbahn an deutsche Versicherungsgesellschaften und an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauft. Die letztere war aber nicht in der Lage, den Gegenwert sofort an das Reich auszugeben, so daß eine Zwischenfinanzierung im Betrage von 120 Millionen Mark erforderlich wurde. Die von dem amerikanischen Bankhaus Lee, Higginson u. Co. geführten Verhandlungen mußten vor 14 Tagen wegen des Sturzes des französischen Kabinetts Steeg unterbrochen werden, weil sich die Banken erst vergewissern wollten, ob die neue Regierung Baval zu der Beteiligung der französischen Banken am deutschen Reichskassenkredit ebenso positiv stehen würde wie ihre Vorgängerin. Diese Klärung ist inzwischen erfolgt und es ist nunmehr sicher, daß die französischen Banken unter der Führung der Banque de Paris et des Pays-Bas sich an der Geldbeschaffung beteiligen werden. Das Versagen der französischen Beteiligung steht noch nicht fest, doch dürfte auf Frankreich der kleinere Teil des gesamten Kredits von 32 Millionen Dollar oder rund 180 Millionen Mark entfallen.

Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeweißen Creme Leodor tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzügliche Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

